



Bezirkskonferenz der Jusos
Niederbayern

12.03.2017
in Passau

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

Mit Bildung gegen Trump und „alternative Fakten“ - Demokratieerziehung jetzt ausbauen!	3
Forschungsförderung verbessern!	7
Kein Fußbreit den Rassist:innen!	14
Aktionsplan gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit	17
Innerverbandliche Stärkung von queeren Menschen!	19
Depressionen machen keinen Halt vor Kindern - Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen	21
Wir dürfen es nicht zulassen, dass der Datenschutz in Deutschland ausgehebelt wird!	24
TISA - das nächste Hinterzimmerabkommen	28
Die Deregulierung der Geheimdienste darf nicht toleriert werden!	32
Staatlich geförderten Personenkult um Franz Josef Strauß endlich beenden!	39
#OhneBremsen Richtung #Gerechtigkeit	41
Aktionsplan für Vielfalt und gegen Rassismus!	49
Gewalt im häuslichen Umfeld ist keine Privatsache!	51
Depressive Störungen endlich wirksam bekämpfen!	54
Umbenennung des Flughafens „Franz Josef Strauß“	58
Abschaffung der 1- und 2-Cent-Münzen	59

Mit Bildung gegen Trump und „alternative Fakten“ - Demokratieerziehung jetzt ausbauen!

An: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Von: Bezirksvorstand

Die politische Großwetterlage und die Wahlergebnisse in aller Welt haben uns im letzten Jahr schockiert: sei es Duterte auf den Philippinen, Trump in den USA oder die AfD-Wahlergebnisse in deutschen Bundesländern – überall wählen Menschen Demagog:innen in Ämter und sind bereit hart erkämpfte Freiheiten und demokratische Rechte aufzugeben. Woran liegt das? Neben vielen ökonomischen und globalpolitischen Faktoren dürfte unstrittig sein, dass eine funktionierende Demokratie einer aufgeklärten Bevölkerung bedarf, die nicht nur um die normative Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaat weiß, sondern der das demokratische System und seine Prinzipien in Demokratie und Praxis vertraut ist, dass das im Moment nicht der Fall ist zeigt sich nicht nur am Erfolg von Trump und Co. Es zeigt sich auch in der BRD und ihrer politischen Landschaft.

Immer weniger Menschen engagieren sich gesellschaftspolitisch oder treten gar einer Partei bei. Knapp über 27% der Wahlberechtigten wagten bei der Bundestagswahl 2013 nicht einmal den Schritt zur Wahlurne. Die meisten Nicht-Wähler:innen lassen sich dabei in der Altersgruppe unter 30 finden.¹

7% der Mitglieder der SPD sind unter 30. Über die Hälfte der Mitglieder ist über 60 Jahre alt.² Die Gründe hierfür sind scheinbar offensichtlich. Wir leben in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, haben seit über 70 Jahren keinen Krieg hautnah

¹Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Zahlen und Fakten, Bundestagswahlen, URL: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/205686/wahlbeteiligung-nach-altersgruppen (31.01.17).

²Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Soziale Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft, URL: www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42102/zusammensetzung-der-spd (31.01.2017).

miterlebt und die Arbeitslosenquote liegt in Deutschland lediglich bei circa 6,3%.³ Das tägliche Leben im Wohlstand scheint durch nichts zu erschüttern zu sein. Es scheint also keinen objektiven Grund für Menschen zu geben sich politisch zu engagieren. Allerdings wissen wir um die Oberflächlichkeit dieser Analyse, denn: Über 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben in Einkommensarmut.⁴ Die BAG Wohnunglosenhilfe prognostiziert die Anzahl wohnungsloser Menschen für das Jahr 2018 auf bis zu 536000.⁵ Wöchentlich erschüttern die hasserfüllten Schreie und die Hetze von Rechtspopulist:innen und Feind:innen unserer Demokratie das Land.

Gründe für politisches Engagement gäbe es folglich mehr als genug, jedoch ist demokratisches Engagement nicht nur Resultat eines objektiven Missstandes in der Gesellschaft, demokratisches Engagement und Interesse für politische Themen müssen vor allem bei jungen Menschen geweckt und befördert werden.

Daher fordern wir als Jusos, um dem Unwort „Politikverdrossenheit“ entschlossen entgegenzutreten und jungen Menschen, insbesondere Schülerinnen und Schülern, den herausragenden Stellenwert von Demokratie wieder ins Bewusstsein zu rufen, eine Reform der politischen Bildungsarbeit in Bayern.

Schule sollte in der Realität und nicht nur auf dem Papier ein Lernort für Demokratie sein. Daher muss die Demokratieerziehung an allen Schularten ausgebaut werden. Zum einen darf das Fach Sozialkunde nicht nur an der Realschule, am Gymnasium und an der Berufs- und Fachoberschule unterrichtet werden, sondern sollte bereits in der Grundschule, sowie in der Förderschule Einzug finden. Außerdem fordern wir, dass Sozialkunde als zweistündiges Fach ab der 5. Jahrgangsstufe in allen Schularten unterrichtet wird. In der Grundschule soll innerhalb des Faches „Heimat- und Sachunterricht“ für Demokratie- und Politikbildung mehr Raum zur Verfügung stehen. Dabei soll für den HSU-Unterricht eine Wochenstunde mehr eingeplant werden. Alle Leh-

³Vgl. Statistisches Bundesamt: Arbeitsmarkt, URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb210.html (03.02.2017).

⁴Vgl. Deutscher Kinderschutzbund e.V.: Kinderarmut in Deutschland, URL: www.dksb.de/CONTENT/SHOWPAGE.ASPX?CONTENT=459&TPL=0 (31.01.2017).

⁵Vgl. BAG Wohnungslosenhilfe e.V.: Zahl der Wohnungslosen, URL: www.bag-wohnungslosenhilfe.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/ (31.01.17).

rer*innen der anderen Fächer sollen dazu verpflichtet sein Werte- und Moralerziehung in ihren Lehrfächern zu integrieren.

Zusätzlich soll in allen Schularten und in allen Jahrgangsstufen wöchentlich eine Stunde eingerichtet werden, in der, je nach Alter und Interesse der Schüler:innen, aktuelle politische und gesellschaftliche Themen besprochen werden. Bei jüngeren Kindern sollen grundlegende Informationen vermittelt und die Stunde durch die Lehrkraft gestaltet werden. Spätestens ab der 7. Klasse sollen die Schüler:innen die Stunde grundsätzlich selbst planen und durchführen.

Ein weiterer Punkt, der essentiell für den politischen Diskurs ist und stärker in die schulische Ausbildung einfließen soll, ist das Führen einer Debatte. Nach dem Modell von „Jugend debattiert“, soll die Debatte in allen weiterführenden Schulen ein fester Bestandteil des Deutschunterrichts werden, wobei die diskutierenden Themen altersgerecht und möglichst aktuell sein sollten.

Außerhalb des Lehrplans und des Unterrichts muss das schulische Leben demokratisiert werden. Um den Schüler:innen konkrete Erfahrungen mit demokratischen Wahlen und Prozessen zu ermöglichen, müssen ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Ein angemessenes Modell hierfür ist das Schulforum an weiterführenden Schulen. Dort treffen sich jeweils drei Vertreter:innen der Schüler:innen, der Eltern und der Lehrer:innen, um über Probleme zu beratschlagen und Entscheidungen in Bezug auf den Schulalltag zu treffen. Die Beschlussfassung des Schulforums sollte dabei nach demokratischen Spielregeln vor sich gehen und nicht - wie bisher - von der Schulleitung dominiert werden können.

Darüber hinaus sollen die Themen wie Demokratie, Freiheit und solidarisches Miteinander stärker und fächerübergreifend thematisiert werden. Hierzu eignen sich insbesondere der Deutsch- und Geschichtsunterricht. So wäre es beispielsweise begrüßenswert, wenn man im Fach Geschichte die Voraussetzungen für den NS-Faschismus intensiver behandelte und das Verhindern ähnlicher Verbrechen in der Zukunft durch Demokratie und Rechtsstaat diskutiert würde. Um ein weiteres Beispiel zu nennen, könnte im Fach Deutsch das Wirken demokratischer Schriftsteller:innen und Denker:innen im

deutschsprachigen Raum (wie z.B. das von Heinrich Heine, Bertolt Brecht, Nelly Sachs und Anna Seghers) und ihr Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie zum Thema gemacht werden. So soll das Selbstverständnis der Schüler:innen als mündige, aktiv handelnde Bürger:innen für Frieden und Demokratie gefördert werden. Dieses demokratische Selbstverständnis, begründet in Aufklärung und Humanismus, stellen wir dem „deutschen“ Selbstverständnis eines Björn Höcke und seiner AfD, das sich aus „Blut und Boden“ - Ideologie speist, als Bildungs- und Erziehungsauftrag diametral entgegen.

Forschungsförderung verbessern!

An: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Von: Bezirksvorstand

Zwar steht Deutschland im internationalen Vergleich wirtschaftlich gut da, jedoch nur, solange man auf Arbeitsmarkt- und Exportindikatoren blickt. Hinsichtlich Innovation und Forschung kann es die Bundesrepublik hingegen nicht mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Kanada, der Schweiz und vielen anderen Industriestaaten aufnehmen. Der wirtschaftliche Motor Deutschlands ist nach wie vor der produzierende Sektor, der sich jedoch wenig innovativ zeigt. Innovation findet in erster Linie an Orten wie dem Silicon Valley statt, die Leistung Deutschlands besteht anschließend in der Umsetzung und Perfektionierung jener Neuerungen. Über Jahrzehnte hinweg fokussierte man sich in der deutschen Politik in erster Linie auf das produzierende Gewerbe und lies dabei die universitäre Bildung - im geistes- wie im naturwissenschaftlichen Bereich - größtenteils außer Acht. Das Ergebnis sind marode Hochschulen, eine rückläufige Professor*innen-pro-Studierenden-Quote, die Abwanderung von Forscher*innen sowie vergleichsweise schlechte internationale Rankings. Das renommierte Shanghai-Ranking beispielsweise listet lediglich drei deutsche Universitäten unter den Top 100 (Platz 47, 48, 51).

Wir sind der Überzeugung, dass der Stellenwert der Hochschulen in Deutschland deutlich ansteigen muss. Neben der Relevanz für die Wirtschaft kommt dem Hochschulsystem die zentrale Rolle zu, das kulturelle Leben und Denken zu prägen. Wenn jedoch ein Land aufgrund fehlender Investitionen kaum noch Dichter*innen und Denker*innen hervor bringt, so darf eine Reduzierung des kulturellen Lebens auf Bierzelt und Blasmusik befürchtet werden. Um die Gefahr der kulturellen Verrohung abzuwenden, künftige Innovationen zu gewährleisten und ein günstiges Klima für Forscher*innen und Künstler*innen zu schaffen müssen nachfolgende Punkte umgesetzt werden.

Erhöhung der Anzahl an Lehrstühlen

Über lange Zeit hinweg versäumte man es in Deutschland, neue Lehrstühle zu schaffen. Als Folge stagnierte die Zahl der Lehrstühle von 1998 (37.874) bis 2007 (38.020), während sich die Anzahl der Studierenden in der gleichen Zeitspanne um rund 8% anstieg. Daraus resultierte ein Verhältnis von 51 Studierenden pro Professor*in. Die anschließenden Mehreinstellungen (fast 22% neue Professor*innen seit 2007) konnten den Zuwachs an Studierenden (42% in der gleichen Zeit) in keiner Weise auffangen. Das Betreuungsverhältnis verschlechterte sich in der Folge weiter auf 60 Studierende pro Hochschullehrer*in. Als Referenz sei die staatliche University of Michigan genannt, bei der das Verhältnis von Professor*innen zu Studierenden 1:16 beträgt.

Gleichzeitig stieg in Deutschland infolge der Bologna-Reform die Betreuungsintensität durch die Lehrstühle: Der Einführung einer zusätzlichen Abschlussarbeit führte dazu, dass mehr Zeit pro Studierenden für die Betreuung und Korrektur aufgewendet werden musste als bei den ehemaligen Diplomstudiengängen. Die daraus resultierenden Folgen sind gravierend: Einerseits werden Kurse und Vorlesungen immer größer, sodass kein Raum mehr für Diskurs und Fragen besteht. In diesem Fall hebt sich die Vorlesung nicht mehr erkennbar vom Lehrbuch ab und liefert daher auch keinen zusätzlichen Mehrwert. Gleichzeitig werden immer weniger Wahlmöglichkeiten angeboten, sodass Studierende nicht mehr ihr Studium gegeben ihrer Interessen und Fähigkeiten optimieren können.

Um dieses Problem zu beheben, fordern wir daher die drastische Aufstockung der Lehrstühle auf eine Anzahl, die für jede Hochschule ein Betreuungsverhältnis kleiner 30 Studierende pro Professor*in gewährleistet, bis zum Jahr 2025. Mit dem Blick auf die Betreuungsquoten amerikanischer Hochschulen erscheint diese Forderung gar moderat. Gleichzeitig ist bei der Neubesetzung auf Parität von Frauen und Männern zu achten, unter Umständen auch per Quote.

Forschungseintritt erleichtern

Obwohl Forschung, Entwicklung und Künste von großem Wert für Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sind, gehören die Stellen zu den vergleichsweise unsicheren und schlecht bezahlten Jobs für Akademiker*innen. Bis zur Abgabe der Masterarbeit bzw. zum Abschluss des Staatsexamens weiß in der Regel niemand genau, ob es für die angestrebte Promotion reicht und ob ein entsprechender Job am Lehrstuhl verfügbar ist. Aufgrund dieser Unsicherheit entscheiden sich viele Studierende gegen eine Karriere in der Forschung. Andernorts ist längst ein entsprechendes Tracking-System etabliert, welches interessierten Studierenden den Eintritt in die Promotion ebnet und mit entsprechenden Job-Garantien versorgt, um sie an den Standort zu binden und ihnen Sicherheit zu bieten.

Entsprechend sollen Tracking-Systeme auch an deutschen Hochschulen etabliert werden, welche Studierenden Sicherheit hinsichtlich Promotionsbetreuung und -anstellung bieten. Generell ist die Anzahl an Promotionsstellen analog zur Aufstockung der Lehrstühle zu erhöhen. Graduiertenprogramme gilt es auszubauen und von Drittmitteln zu entkoppeln. Anstelle des Marktes soll das Interesse der Einzelnen maßgeblich für die Ausrichtung von Graduiertenprogrammen sein. Hinsichtlich der Frauenförderung sollen, wo nötig, Sondertöpfe eingeführt werden, um die Parität zwischen Männern und Frauen zu erreichen. Eine bedarfsdeckende Anzahl an Betreuungsplätzen für Kinder akademischer Eltern sind durch die Hochschule zu gewährleisten.

Juniorprofessuren endlich in der Fläche einsetzen

Zudem wird das seit Jahren bestehende System der W1-Professuren kaum genutzt. Stattdessen finden in Deutschland die meisten Akademiker*innen noch über die Habilitation in die universitäre Lehre. Damit zwingt man jedoch nicht nur hierzulande den künftigen Forscher*innen eine zusätzliche Arbeit auf, sondern verschiebt auch die Verbeamtung auf unbestimmte Zeit nach hinten. Gleichzeitig existieren keinerlei Garantien auf Übernahme für die*den Habilitierende*n durch die Bildungseinrichtung,

was das Maß an Unsicherheit zusätzlich erhöht. Damit kann auch der Rückgang an Habilitationen erklärt werden. Anstelle auf ein effizienteres Instrument, namentlich die Juniorprofessur, zurück zu greifen, hält man jedoch am Weg der Habilitation fest. Dies ist in erster Linie den beschränkten Langfristfinanzen der Hochschulen und dem bürokratischen Aufwand der Berufung auf Zeit geschuldet. Würde man hingegen Hochschulen, wie angedacht, mit mehr Finanzmitteln und -sicherheit ausstatten, so ergäbe sich die Möglichkeit, ein deutliches Mehr an Stellen für Juniorprofessuren zu schaffen und damit die Anreize, in Forschung und Künste an der Hochschule einzusteigen, massiv zu erhöhen. Da langfristig Venia Legendi durch die W1-Professur statt der Habilitation erworben werden soll, ist es sinnvoll, die Anzahl der W1-Stellen an die Anzahl der Vollprofessuren zu ketten. Unter der Annahme, dass Professor*innen in der Regel für dreißig Jahre einen Lehrstuhl inne haben und das Alter der Professor*innen gleichverteilt über ein Intervall (von rund 37 Jahren bis 67 Jahren) ist, sowie der Annahme, dass W1-Stellen für sechs Jahre besetzt werden, bis ein Übergang in die Vollprofessur erfolgt, erscheint es angemessen, Juniorprofessuren im Umfang von 20% der Vollprofessuren zusätzlich einzurichten. Die Garantie, nach Erreichung gewisser Meilensteine (wie Publikationsquoten, Anzahl gehaltener Vorlesungen, Zwischenevaluationen) in eine Vollprofessur überzutreten ist nach unserer Auffassung notwendig und geht mit der Erhöhung der Beschäftigungssicherheit einher.

Forschungsgelder aufstocken und nichtstaatliche Drittmittel verbieten

Gegenwärtig spielen Drittmittel an den Hochschulen eine entscheidende Rolle. Bewerber*innen mit hohen Drittmittelquoten werden beispielsweise gerne bei der Neubesetzung von Lehrstühlen bevorzugt. Auch viele Doktorand*innen werden von Geldern aus der freien Wirtschaft finanziert und hangeln sich von Drittmittelvertrag zu Drittmittelvertrag. Durchaus erkennen wir den Nutzen von staatlicher Forschung, beispielsweise für das Arbeitsministerium, an, und befürworten auch dessen Vergabe von Mitteln an Hochschulen. Jedoch erachten wir es als falsch, dass Professor*innen, welche vom Staat für ihre Forschung finanziert werden, sich von Geldern aus der freien Wirtschaft

abhängig machen lassen. Wir sind einerseits der Auffassung, dass Drittmittel einen Einschnitt in die Forschungsfreiheit darstellen können, da sie themenbezogen vergeben werden, und andererseits der Ansicht, dass die Notwendigkeit des Einwerbens von Drittmitteln Ergebnis finanzieller Mangelausstattung der Hochschulen ist. Entsprechend fordern wir das Verbot privater Drittmittel für Hochschulen und setzen uns für staatliche, ungebundene Finanzierung der Forschungsvorhaben ein. Insbesondere aber sind wir der Auffassung, dass die finanzielle Ausstattung von Lehrstühlen nicht von dessen Relevanz für die freie Wirtschaft abhängen darf. Im Ergebnis glauben wir, dass der Staat ein besseres Auge für die gesellschaftliche Relevanz universitärer Forschung hat als die unsichtbare Hand des freien Marktes. Entsprechend sprechen wir uns für eine Umlage der Gelder aus der freien Wirtschaft über eine höhere Gewinnbesteuerung hin zu Forschungs- und Bildungseinrichtungen aus.

Austauschabkommen statt Alimentierung von Ivy-League-Colleges

Gegenwärtig werden zur Förderung heimischer „Eliten“ Stipendien, auch vom staatlichen akademischen Auslandsdienst, für den Besuch von Ivy-League-Colleges in den USA vergeben. Die entsprechende Alimentierung dieser Colleges mit Summen, die weit über den tatsächlichen Kosten der Aufnahme und Ausbildung der*des jeweiligen Stipendiat*in liegen, führt im Umkehrschluss zu Mehrinvestitionen in den Ivy-League-Colleges, sodass diese immer weiter von den Referenz-Unis divergieren können. Wir sind der Auffassung, dass dieses Geld an heimischen Hochschulen besser aufgehoben ist. Entsprechend fordern wir Austauschabkommen analog zum ERASMUS-Programm ein, bei dem gleiche Zahlen an Studierenden ausgetauscht werden. Die Übernahme entstehender Kosten beispielsweise durch Reise, Unterbringung oder Tests begrüßen wir.

Reform der inneruniversitären Entscheidungsgremien

Neben den Entscheidungen des Bundes und der Landesregierungen werden viele für die Forschung relevante Weichenstellungen direkt an den Hochschulen selbst vorge-

nommen. Zentrale Bedeutung kommt hierbei, neben den Fakultätsräten, vor allem dem Senat zu. Zum Beispiel ist dieser nach Bayerischem Hochschulrahmengesetz entscheidungsbefugt bei „Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses“ und „bestimmt Forschungsschwerpunkte und beschließt Anträge auf Einrichtung von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs sowie entsprechende Einrichtungen“ (Vgl. BayHSchG Art. 25). Es ist nicht hinnehmbar, dass sich ein solches Gremium, wie es an den meisten deutschen Hochschule im Moment der Fall ist, einseitig aus älteren, männlichen Professoren speist. Durch die Unterrepräsentation von Frauen, jungen Menschen und akademischen Statusgruppen, wie den Studierenden und den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, fungieren die meisten Senate als verkrustete Altherrenvereine, die sich selbst reproduzieren und bei Fragen des Setzens von Forschungsschwerpunkten oder der Berufung von Professor*innen zu keinerlei Innovation fähig sind. Darüber hinaus wird das sowieso schon undemokratisch und statisch organisierte Gremium Senat an vielen deutschen Hochschule durch die Schaffung eines übergeordneten Kontrollgremiums in Form eines Hochschul- bzw. Universitätsrates ausgehöhlt. In diesen sitzt zumeist eine beträchtliche Anzahl an Vertreter*innen der freien Wirtschaft, die ihre kapitalistischen Interessen einbringen und die akademische Selbstverwaltung, vor allem in Bezug auf Lehre und Forschung, in Frage stellen. Die Konsequenz darauf muss sein alle universitären Gremien, die Entscheidungen in puncto Forschung treffen, von Grund auf zu reformieren. Schritte dahin wären die Einführung einer sog. Viertelparität (bestehend aus: Student*innen, Professor*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung) für die Zusammensetzung der entsprechenden Gremien, die Abschaffung aller Strukturen durch die kapitalistische Interessen Einfluss auf Lehre und Forschung nehmen und vermehrte Bemühungen die Gremien jünger und weiblicher zu gestalten.

Finanzierung

Selbstredend kosten alle oben genannten Forderungen Geld. Beispielsweise würde das Absenken der Betreuungsquoten von 60:1 auf 30:1 mit einer Verdoppelung der Professor*innen einher gehen. Zusätzlich müssten Stellen für Juniorprofessor*innen geschaffen, Forschungsgelder aufgestockt und Promotionsstellen finanziert werden. Allerdings gilt es zu bedenken, dass Deutschland für seinen Tertiärbereich lediglich 1.3% seines Bruttoinlandsprodukts aufwendet. Kanada hingegen investiert 3% des BIP, die USA 2.7%. Würde man beispielsweise den Etat verdoppeln, so läge man relativ wie quantitativ immer noch unterhalb der USA, hätte allerdings 40.7 Mrd. EUR zusätzlich zur Verfügung. Diese Summe entspricht dem 2.18-fachen der Finanzen, die unsere Universitäten gegenwärtig zur Verfügung haben. Der Finanzierbarkeit stünde also nichts im Wege, wenn Hochschulen und die damit einher gehenden Forschungstätigkeiten und Künste in Deutschland eine ähnliche Priorität genießen würden wie in anderen Industriestaaten.

Kein Fußbreit den Rassist:innen!

An: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag

Von: Bezirksvorstand

Die rechte Szene beinhaltet mehr als nur NPD, AfD, freie Kameradschaften und autonome Nationalist:innen. Seit 2012 gibt es in Deutschland die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD), eine Ableger der „Génération identitaire“ aus Frankreich.⁶ Hierbei handelt es sich um eine rassistische Bewegung, die durch modernes Auftreten und die gekonnte Nutzung sozialer Medien rechtem Gedankengut einen neuen Anstrich gibt. Seit Gründung in Deutschland wird die IBD vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Seite „Bayern gegen Rechtsextremismus“ der bayrischen Staatsregierung definiert die Ziele der IBD folgendermaßen: „Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD in der Verteidigung und Bewahrung von ‚Heimat, Freiheit, Tradition‘. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der ‚ethnokulturellen Identität‘, die durch einen befürchteten ‚demographischen Kollaps‘ sowie durch angebliche ‚Massenzuwanderung‘ und ‚Islamisierung‘ bedroht sei. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist wird unter einer ‚ethnokulturellen Identität‘ eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere.“⁷

Ein striktes Vorgehen gegen linke Kräfte in unserem Land ist für die IBD eine Selbstverständlichkeit. Sie posteten am 04.02.2017 einen wütenden Beitrag, als Reaktion auf die Offenlegung der Identität einer ihrer Aktivist:innen, in dem sie fordern, „die menschenfeindliche Ideologie der Linken auf den ‚Müllhaufen der Geschichte‘ [zu] verfrachten“.⁸ Den völkischen Gedanken, der sich hinter dem sogenannten Ethnopluralismus ver-

⁶<http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/1372.htm> [04.02.2017]

⁷<https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/wissen/parteien-und-szenen/identitaere-bewegung-deutschland-ibd-in-bayern> [04.02.2017]

⁸<https://www.facebook.com/IdentitaereBewegungBayern/photos/a.815400531825219.1073741829.812922455406360/1392073477491252/?type=3&theater> [04.02.2017]

steckt, tarnt die IBD mit der vorangestellten Sorge um Europa und die Kultur und Tradition europäischer Völker – sie nennen es die „Europäische Identität“, die durch Zuwanderung bedroht sei. Die Identitäre Bewegung ist primär in sozialen Netzwerken aktiv, führt aber auch immer wieder medienwirksame Aktionen durch, wie die Entrollung ihres Banners mit der Aufschrift „Sichere Grenzen – sichere Zukunft“ auf dem Brandenburger Tor. Solche Aktionen werden gefilmt und zu Propaganda-Filmchen zusammengeschnitten.

Gefährlich ist die IBD nicht nur beispielsweise wegen Hass-Kampagnen gegen Stiftungen und Projekte die gegen Ausländerfeindlichkeit und Hassreden im Internet stehen, sondern vor allem auch durch das scheinbar harmlose Auftreten.⁹ Gerade für Menschen, die sich mit der rechten und rechtsextremen Szene noch nicht oder wenig auseinandergesetzt haben, sind die Aktionen, Flyer und Sticker nicht sofort als klar rechtsextrem zu erkennen, da die Identitären sich absichtlich vom „klassischen“ Bild der Neonazis abgrenzen. Sprüche wie „Europa, Jugend - reconquista“ scheinen, ohne Erklärung dazu, nicht verwerflich. Die „Rückeroberung“ Europas und Vertreibung zu uns eigewanderter Menschen jedoch sind klar rechtsextremer Natur. Die Identitäre Bewegung kann also auch als „seichter Einstieg“ in die rechte Szene genutzt werden. Trotz anfänglicher Distanzierung rücken auch die AfD und die „Junge Alternative“ (JA) immer näher an die IBD. So sagte Thorsten Weiß, der Vorsitzende der JA Berlin, im Interview mit dem rbb, die Mitglieder der IBD „ticken gar nicht so unterschiedlich zu uns, sie drücken sich nur anders aus“.¹⁰ Auch Björn Höcke sieht in der Bewegung eine Sammlung junger Europäer:innen, „die sich Sorgen machen, um die Entwicklung Europas, die sich Sorgen machen um eine unkontrollierte Einwanderung und die hierfür auch pragmatische Lösungen wollen und hierfür auch den Diskurs über diese Thematik ohne Tabus, ideologiefrei, sachlich und mit offenem Ausgang führen wollen.“¹¹ Die IBD vernetzt sich also immer besser in der rechten und rechtsextremen

⁹<http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/08/extremismus-amadeu-antonio-stiftung-angriffe-.html> [04.02.2017]

¹⁰ „Die Stunde der Populisten“ (Rundfunk Berlin-Brandenburg 2017) [04.02.2017]

¹¹ „Neonazitum in Nadelstreifen“ (Monitor 11.09.2014) [04.02.2017]

Szene und stellt durch ihre – vor allem mediale – Präsenz eine Gefahr für ein offenes Deutschland und ein offenes Europa dar. So hat die Identitäre Bewegung Deutschland auf Facebook mehr als doppelt so viele „Gefällt mir“-Angaben wie die Seite der Jusos in der SPD.

Um ein weiteres Erstarren der rechten Kräfte in Deutschland und Europa zu verhindern müssen wir als Jusos gegenhalten! Deswegen fordern wir:

- Den Ausbau des Bildungsangebotes zum Thema rechte Gewalt und rechtsextreme Gruppierungen vor allem für Jugendliche, damit junge Menschen nicht auf das vermeintlich harmlose Erscheinungsbild hereinfließen! Institutionen wie die Bundeszentrale für politische Bildung müssen aufgearbeitetes Material zur Verfügung stellen, damit auch in Schulen beispielsweise Workshops durchgeführt werden können.
- Der Ausbau des innerparteilichen Bildungsangebotes zu dem Thema, damit Genoss:innen besser und stärker gegenhalten können. Hierzu müssen Informationsmaterialien durch die Partei bereitgestellt werden.
- Eine verstärkte Förderung von Projekten, die für Toleranz und Gleichberechtigung eintreten, um solchen Bewegungen auch langfristig den Wind aus den Segeln nehmen zu können! Nur durch eine offene Gesellschaft, die zusammensteht gegen Angst, Terror und Hass können wir zukünftige Herausforderungen meistern!

Aktionsplan gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit

An: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion,

SPD-Landesparteitag

Von: Bezirksvorstand

Wir als Jusos kämpfen für die Abschaffung aller Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans-, Intersexuellen und allen anderen queeren Menschen. Die Gleichstellung der LGBTIQ* stellt für uns daher eine wesentliche Aufgabe dar. Wir fordern deshalb alle SPD-Gremien auf, einen landesweiten Aktionsplan gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit konsequent durchzusetzen! Dieser soll hauptsächlich Maßnahmen gegen Hass im Alltag, in der Schule, der Uni und im Beruf beinhalten.

Folgende konkrete Punkte sollten hierbei Inhalte des Aktionsplanes sein:

- 1.) Durchführung einer Kampagne gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit
- 2.) Engagement für die Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen
- 3.) Engagement für das Abschaffen der diskriminierenden Regelungen bei der Blut- und Plasmaspende

#Punkt 1: Die BayernSPD gilt als die Partei der Toleranz, Gerechtigkeit und Offenheit gegenüber allen Menschen und arbeitet gegen jegliche Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der Religion oder aber auch der Sexualität. Gerade in der heutigen Zeit, in der es vielen queeren Menschen vonseiten einiger politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen im rechten Spektrum noch schwerer gemacht wird, sich selbst zu akzeptieren und offen mit der eigenen Sexualität und des Geschlechts umzugehen, müssen wir zeigen, dass diese populistischen Hetzreden gegen den vermeintlichen „Gender-Wahn“ und die „linksversifftete Schwulen-Lobby“ überhaupt gar keine Alternative sind. DAS ist menschenunwürdiges Verhalten und soll auch klar

von der BayernSPD als ein solches benannt werden. Dafür fordern wir, dass sich die BayernSPD dem Thema LGBTIQ*-Feindlichkeit widmet und dazu eine landesweite Aufklärungs-Kampagne durchzuführen.

#Punkt 2:

Die BayernSPD soll sich zudem für Aufklärungs- und Respektarbeit über LGBTIQ*-Menschen an allen bayerischen Schulen einsetzen. An vielen Schulen ist es Gang und Gäbe, dass schwule, lesbische und sexuell anders Verortete diskriminiert, gemobbt und ausgeschlossen werden. Der Grund darin liegt, dass diese Jugendlichen Angst vor dem „Anderen“ haben, es von ihren Eltern so auf den Weg bekommen oder weil sie keine Ahnung haben, wie sich diese Menschen eigentlich genau fühlen. Und genau an dieser Stelle muss und kann die Aufklärungs- und Respektarbeit ansetzen.

#Punkt 3:

Alle landesweiten SPD-Gremien sollen sich für die Abschaffung der diskriminierenden Regelungen bei der Blut- und Plasmaspende besonders für Menschen, auf jene die MSM-Regelungen (Männer*, die Sexualverkehr mit Männern* haben) zutreffen, einsetzen. Die derzeitigen Regelungen, dass Homosexuelle kein Blut oder Plasma spenden dürfen, zeugen davon, wie rückwärtsgewandt diese gesetzlichen Regelungen sind. Der immer wieder von konservativer Seite gebrachte Kritikpunkt, alle Homosexuellen hätten ein höheres Risiko an HIV zu erkranken, als heterosexuelle Menschen, ist schlichtweg falsch und viel zu verallgemeinernd. Hier werden alle Menschen, die nicht in das traditionelle Bild der Heteronormativität passen, diskriminiert und unter Generalverdacht gestellt. Dass allerdings ohnehin jede einzelne Blutkonserve auf diverse Krankheitserreger – u.a. auch HIV – getestet wird, wird in dieser Argumentation nicht erwähnt.

Innerverbandliche Stärkung von queeren Menschen!

An: Juso-Landeskonferenz

Von: Bezirksvorstand

Wir Jusos stehen für Vielfalt, Akzeptanz und Toleranz ein und machen dies auch in der Gesellschaft deutlich: Wir kämpfen nicht nur gegen solche, die Hass gegen Geflüchtete schüren, die Frauen* diskriminieren und beleidigen, wir kämpfen unter anderem auch gegen gesellschaftlich konstruierte Diskriminierung von Menschen, die nicht in das vermeintlich „normale“ heteronormative Geschlechter- und Menschenbild passen.

Es gibt Menschen, die sich mit ihrem biologischen Geschlecht nicht identifizieren können und für sich selbst ein eigenes Geschlecht definieren. Genauso gibt es aber auch Menschen, die sich in keines der Geschlechter einordnen können und/oder wollen.

Und genau viele dieser Menschen haben Angst vor öffentlicher Diskriminierung, vor Gelächter und vor Ausgrenzung. Als Konsequenz daraus entscheiden sich viele dazu, gegen ihren eigenen Willen, das eigene Gender zu unterdrücken und nach außen hin das biologische Geschlecht „auszuleben“. Für viele bedeutet das, nicht so sein zu können, wie sie eigentlich wollen. Sie verspüren einen inneren Zwang und Unterdrückung, was gegen unser Ideal der Freiheit und absoluten Selbstbestimmtheit spricht.

Wir als Jusos müssen klar machen, dass wir ein Verband sind, der allen die Möglichkeit bietet, so zu leben, wie sie wollen. Wir arbeiten langfristig für die Dekonstruktion der Geschlechter, aber dafür reicht es nicht nur nach außen hin dafür zu kämpfen. Auch unser Verband muss dazu Strukturen schaffen, welche allen queeren Genoss*innen die Möglichkeit bietet, gehört und akzeptiert zu werden.

Daher fordern wir, dass

- bei Landeskonferenzen zusätzlich ein*e Ansprechpartner*in für queere

Genoss*innen bestimmt wird, welche bei Problemen und Anmerkungen direkt kontaktiert werden kann. Diese Person ist dazu verpflichtet, die Intimsphäre dieser Genoss*innen uneingeschränkt zu schützen.

Falls sich Genoss*innen nicht trauen, den*die Ansprechpartner*in anzusprechen, soll in einem geschützten Raum eine Box aufgestellt werden, in welche Anmerkungen, Probleme und/oder Forderungen in Form eines Zettels hineingeworfen werden können.

Der*die Ansprechpartner*in hat die Landeskonferenz über potentielle Vorkommnisse und Anliegen – egal ob in schriftlicher oder mündlicher Form - zu berichten. Auf Antrag soll hierzu eine Aussprache erfolgen können.

- bei Landeskonferenzen zusätzlich eine Unisex-Toilette für alle zur Verfügung gestellt werden. Hierbei soll aus Schutz vor Missbrauch versucht werden, eine Einzeltoilette als Unisex-Toilette auszuschildern. Die Landeskonferenz soll über die Existenz einer solchen Toilette informiert werden.
- der Landesvorstand in seinem Gleichstellungsbericht zusätzlich über die innerverbandliche Gleichstellung auch von queeren Genoss*innen berichtet.

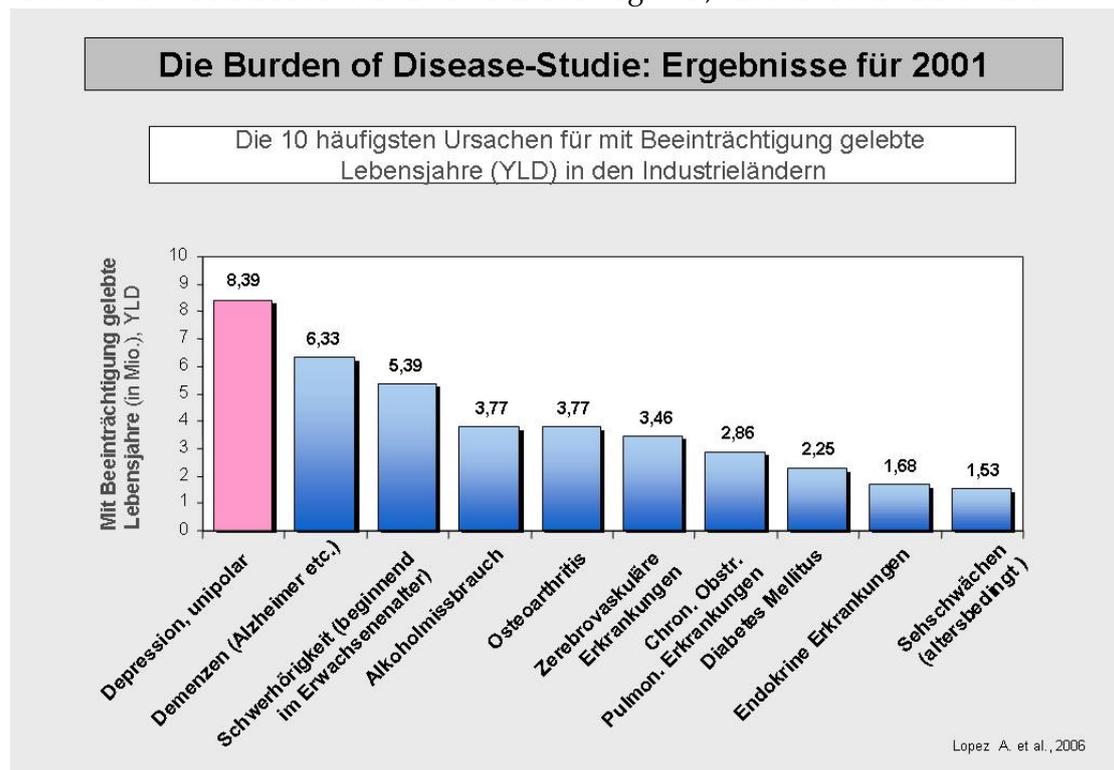
Wir Jusos kämpfen für die Gleichstellung, für die Freiheit und Selbstbestimmung eines*einer jeden und für uneingeschränkte Solidarität. In der Öffentlichkeit, wie innerhalb des Verbandes. Und deshalb soll auch denjenigen Gehör verschafft werden, die außerhalb des gesellschaftlich tradiertem, heteronormativen Weltbildes stehen.

Depressionen machen keinen Halt vor Kindern - Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen

An: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Von: Bezirksvorstand

Die Burden of Disease-Studie der WHO aus dem Jahr 2001 (siehe unten) zeigt, dass Depressionen die häufigste Ursache für mit Beeinträchtigung gelebte Lebensjahre in den Industrieländern sind. Für Deutschland ergibt sich eine Zahl von rund vier Millionen Menschen, die an einer depressiven Episode leiden. Davon sind circa 3,1 Millionen unter den 18- bis 65-Jährigen zu finden. Demzufolge leiden ungefähr 900000 Kinder und Jugendliche in Deutschland unter depressiven Verstimmungen. Die Folgen, die sich aus dieser Krankheit für die Betroffenen ergeben, sind als fatal einzustufen.



Im schlimmsten Fall kann eine Depression zum Tod führen. In Deutschland ist der Suizid die zweithäufigste Todesursache bei Menschen unter 25. Um das zu verhindern,

benötigen alle Betroffenen professionelle Hilfe, um den Weg zurück in ein glückliches Leben zu finden. Doch um diese professionelle Hilfe zu erhalten, muss erst einmal das Umfeld der Betroffenen darauf aufmerksam werden. Bei Kindern und Jugendlichen betrifft das natürlich zuerst die Eltern und die gesamte Familie. In zweiter Linie sollte auch die Schule, die Lern- und Lebensraum für die Schüler:innen ist und wo sie viel Zeit verbringen, bei der Prävention tätig werden. Und hier beginnt das Problem. Eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Jahr 2011 zeigt, dass Suizid in den Aufgabenbereich des KIBBS fällt. KIBBS steht für „Kriseninterventions- und -bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen“. Dieses Team kommt erst nach der sogenannten Krise zum Einsatz. Als Beispiele werden hier der (Unfall)Tod eines Schülers, einer Schülerin oder einer Lehrkraft, Gewaltdrohungen, ein Amoklauf oder auch ein Suizid angeführt. Die pädagogische Prävention und ein Sicherheitskonzept, welches mit der Polizei vor Ort zu erstellen ist, fallen in den Zuständigkeitsbereich der Schule. Weitere Akteur:innen sind Schulpsychologen und Schulpsychologinnen, welche für einzelne Schulen zuständig sind und innerhalb ihrer Sprechzeiten vor Ort erreichbar sind. Diese sind jedoch stark überfordert, da sie oft in Teilzeitverhältnissen arbeiten und zudem noch für mehrere Schulen gleichzeitig zuständig sind. Das lässt sich an einem Beispiel anhand der Seite der staatlichen Schulberatung in Bayern festmachen. Laut Kultusministerium besuchten beispielsweise das Gabelsberger-Gymnasium in Mainburg im Landkreis Kelheim in Niederbayern im Schuljahr 2015/2016 1216 Schüler:innen. Auf diese Anzahl von Kindern und Jugendlichen kommt ein Schulpsychologe, welcher einmal in der Woche für 45 Minuten an der Schule ist. Eine weitere Möglichkeit, um suizidgefährdete Schülerinnen und Schüler zu erkennen, wäre die Jugendsozialarbeit an Schulen. Laut der Homepage des JaS stellen die Jugendämter vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest, bei welchen Schulen ein jugendrechtlicher Handlungsbedarf besteht. Explizit werden Schulen mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen genannt. Gymnasien erfüllen diese Kriterien nicht, und auch an Realschulen kommt das JaS nur sehr selten zum Einsatz. Letztlich sind auch die Lehrer:innen, welche tagtäglich mit

der Schüler:innen zu tun haben, nicht ausreichend ausgebildet, um Anzeichen einer Depression und Suizidgefährdung zuverlässig zu erkennen. Daher fordern wird:

- Eine verpflichtende Fortbildung für alle Lehrer:innen aller Schularten zu psychischer Gesundheit und Depressionen bei Schüler:innen.
- Eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen pro Schule, welche:r mindestens an zwei Schultagen vor Ort ist und in einer freien Sprechstunde für Eltern, Lehrer:innen und Schüler:innen zu erreichen ist.
- Zwei Sozialarbeiter:innen pro Schule, welche den Schulpsychologen oder die Schulpsychologin bei der Beratung unterstützt und zusätzlich mit jeder Klasse ein Programm zur Aufklärung über Depressionen durchführt. Diese sollen täglich an der Schule im Einsatz sein.

Quellen:

- www.buendnis-depression.de/depression/kinder-und-jugendliche.php
- www.schulberatung.bayern.de/schulberatung/niederbayern/ansprechpartner/schulpsychologen/
- www.km.bayern.de/schule/0158.html?re=1
- www.stmas.bayern.de/jugend/sozialarbeit/jas.php

Wir dürfen es nicht zulassen, dass der Datenschutz in Deutschland ausgehebelt wird!

Zur Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) durch die Bundesregierung

An: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Von: Bezirksvorstand

Die Bundesregierung hat zum 01.02.2017 den Gesetzentwurf zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/689 – auch bekannt als EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) – beschlossen. Dieses Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU (DSAnpUG-EU) soll das bestehende Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ab Mai 2018 ersetzen und so ein europäischer, flächendeckender Datenschutz implementiert werden.

Die DS-GVO stellt – trotz aller Kritik – den bisher größten Fortschritt zu einer einheitlichen Regelung des Datenschutzes in Europa und somit zu mehr Rechtssicherheit in dieser Angelegenheit dar. Dies trifft besonders auf den Schutz personenbezogener Daten zu. Nach Verabschiedung der DS-GVO auf europäischer Ebene sind nun die nationalen Regierungen dafür verantwortlich geeignete Gesetze zu entwerfen und in den Parlamenten zur Abstimmung zu bringen. Dieser Antrag beschäftigt sich mit der derzeitigen Gesetzesvorlage.

Angesichts der Tatsache, dass im Gesetzentwurf der Datenschutz aufgeweicht wird, das Wiederholungsverbot missachtet – also Öffnungsklauseln einfach wiederholt werden, anstatt diese in konkrete Regelungen zu transformieren -, Öffnungsklauseln überdehnt und Regelungen geschaffen werden, für die es in der DS-GVO keinerlei Grundlage gibt, fällt das Urteil der unabhängigen Datenschutzbehörde des Bundes und der Länder (DSK) vernichtend aus:

Der Gesetzentwurf wird dem Ziel einer Harmonisierung des Datenschutzrechts

in Europa nicht gerecht. Vielmehr wird durch den vorliegenden Entwurf das Datenschutzniveau im Vergleich zur bestehenden Rechtslage in Deutschland genauso wie im Vergleich mit der DS-GVO gesenkt. Es wird in einigen Punkten sogar eine Europarechtswidrigkeit befürchtet.

a) Einschränkung der Betroffenenrechte

Im vorliegenden Entwurf werden die Auskunftsrechte von Betroffenen (also derjenigen, deren Daten erhoben, gesammelt und ausgewertet werden) massiv beschnitten. Obwohl in der DS-GVO der Grundsatz der Transparenz verankert wurde. Im Gegenteil werden die Verantwortlichen (also diejenigen, die Daten erheben, sammeln und auswerten) weitgehend von der Informationspflicht entbunden bzw. ihnen wird das Instrument der „Aufwandsabwägung“ in die Hand gegeben. Dies bedeutet, dass Unternehmen nicht dazu verpflichtet sind Auskunft über die Verwendung von personenbezogenen Daten zu geben bzw. die Betroffenen zu informieren, wenn

+ ein „unverhältnismäßiger Aufwand“ (Recherche der Anschrift oder zu viele Betroffene) besteht

+ „die Information den Geschäftszwecken der Verantwortlichen entgegensteht“

+ „das Interesse der betroffenen Person an der Informationserteilung nach den Umständen des Einzelfalls, insbesondere wegen des Zusammenhangs, in dem die Daten erhoben wurden, als gering anzusehen ist“

+ „die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden“. In jedem Fall entscheiden diejenigen, die die Daten verarbeiten, über Information oder Nichtinformation der betroffenen Personen.

b) Ausweitung der Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume

Künftig dürfen öffentlich zugängliche Räume überwacht werden, wenn dies u.a. „zur Wahrnehmung berechtigter Interessen für konkret festgelegte Zwecke“ dient. Ebenso ist die Speicherung und Auswertung des Materials erlaubt, „wenn sie zum Erreichen des verfolgten Zwecks erforderlich ist und keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutz-

würdige Interessen der Betroffenen überwiegen“.

c) Aufweichung des Schutzes besonders sensibler Daten

Im Gesetzesentwurf wird zudem ignoriert, dass die DS-GVO ein grundsätzliches Verbot jeglicher Nutzung von besonders sensiblen Daten (es existiert jedoch ein Ausnahmekatalog) vorsieht. Das Bundesinnenministerium schlägt stattdessen vor, dass sämtliche Daten (darunter fallen auch ethnische Herkunft, Religion, Weltanschauung oder Gesundheitsdaten) ohne Berücksichtigung von Verhältnismäßigkeit oder besonderer Schutzwürdigkeit verwendet werden dürfen. Das unterbietet die ohnehin schon laxen EU-Richtlinien um ein Vielfaches.

d) Schwächung der Zweckbindung

Genauso wird der bisherige Grundsatz der Zweckbindung bei der Verarbeitung von Daten über Bord geworfen und die Vorgabe der DS-GVO ignoriert: Im Gesetzesentwurf wird vorgesehen, dass Daten zu anderen Zwecken, als sie erhoben wurden, verarbeitet werden dürfen, ohne dass die Betroffenen davon erfahren und damit keine Möglichkeit haben zu widersprechen. Das bedeutet auch, dass die Weitergabe an Dritte kein rechtliches Problem mehr darstellt. Zweckbindung und Transparenz waren bisher zwei wichtige Aspekte des Datenschutzes, die von der Bundesregierung nun als hinfällig betrachtet werden.

e) Unzureichender Beschäftigtendatenschutz

Auch in Hinblick auf Transparenz bei Datenverarbeitung und Überwachung durch Arbeitnehmer:innen hat sich die Bundesregierung dazu entschlossen sich auf die Seite der Wirtschaft zu schlagen und zeigt kein Interesse Regelungen in diesem Bereich vorzunehmen.

f) Einschränkung der Befugnisse der Datenschutzbeauftragten

Zu den oben genannten Deregulierungen werden am anderen Ende auch noch die

Befugnisse und Sanktionsmöglichkeiten der Datenschutzbeauftragten eingeschränkt sowie die Anforderungen zur Qualifikation heruntergeschraubt. Zudem sollen die Bundesdatenschutzbeauftragten nur auf Vorschlag der Bundesregierung und ohne Aussprache in Bundestag gewählt werden.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass der vorgelegte Gesetzesentwurf nicht tragbar ist und auf keinen Fall im Bundestag beschlossen werden darf. Es ist weder ein „Datenschutzgesetz“ noch wird es vor dem Europäischen Gerichtshof stand halten. Jedes weitere Gesetz, dass vom EUGH gekippt wird, schadet dem Ansehen unserer Demokratie in der Welt und bestätigt Bürger:innen in ihrem Misstrauen gegen „die da oben“.

Forderungen:

Die Jusos fordern die SPD-Fraktion im Bundestag dazu auf geschlossen gegen das DSAnpUG-EU in der vorliegenden Form zu stimmen.

Die Jusos verpflichten sich geeignete Maßnahmen zu ergreifen die Öffentlichkeit über das DSAnpUG-EU zu informieren und den öffentlichen Widerstand gegen die Verabschiedung des DSAnpUG-EU zu forcieren.

Quellen:

<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2017-02/gesetzentwurf-datenschutzverordnung-kabinett-beschlossen> (04.02.2017)

<https://netzpolitik.org/2017/nationaler-alleingang-diskussionsbeitrag-zu-geplanten-abweichungen-von-der-datenschutzgrundverordnung/> (04.02.2017)

Gesetzesentwurf des BMI zu Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung
EU-Datenschutzgrundverordnung

TISA - das nächste Hinterzimmerabkommen

An: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im EU-Parlament

Von: Bezirksvorstand

Im Februar 2012 verständigten sich die RGF (Really Good Friends), ein Zusammenschluss innerhalb der WTO, auf die Verhandlung des Trade in Services Agreement als Nachfolgeabkommen des General Agreement on Trade Services (GATS, 1995). An den Verhandlungen beteiligen sich seither 23 Regierungen und 50 Staaten. Die derzeitigen Verhandlungspartner sind Australien, Kanada, Chile, Chinesisch Taipeh (Taiwan), Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, die Schweiz, die Türkei, die Vereinigten Staaten und die Europäische Union als Vertreterin ihrer 28 Mitgliedstaaten. Auf diese Länder entfallen mehr als zwei Drittel des globalen Handels mit Dienstleistungen. China hat beantragt in die Verhandlungen einsteigen zu dürfen.¹² Die Verhandlungen wurden ohne demokratischen Auftrag (Mandat des EU-Parlaments gibt es erst seit 2016¹³) aufgenommen und finden seit der Initiierung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nach der Veröffentlichung von Teilen des Vertragsentwurfs auf Wikileaks im Juni 2014 wurde bekannt, dass sich die Verhandlungsparteien darauf geeinigt hatten, die Verhandlungspapiere frühestens fünf Jahre nach dem Abschluss des Vertrags an die Öffentlichkeit zu lassen.¹⁴

Aus diesem Grund ist bisher wenig über TISA bekannt, dennoch lassen sich aus den bisher veröffentlichten Bruchstücken mehrere Kritikpunkte formulieren:

1. Die Verhandlungsparteien machen keinen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Dienstleistungen. Es existiert lediglich eine „Negativliste“, die Dienst-

¹²Vgl. http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/de_tisapaper_final_web.pdf S.5 (04.02.2017)

¹³Vgl. http://www.europarl.at/de/aktuell-presse/meldungen/2016_meldungen/februar_2016/pr-2016-feb-8.html (04.02.2017)

¹⁴Vgl. <https://wikileaks.org/tisa-financial/WikiLeaks-secret-tisa-financial-annex.pdf> (04.02.2017)

leistungen nennt, welche von TISA nicht berührt werden.¹⁵ Alle auf dieser Liste nicht aufgeführten Dienstleistungen müssen privaten Anbieter:innen offenstehen. Für alle nicht genannten Dienstleistungen sind massive Deregulierung und Privatisierungen zu erwarten. Als Beispiele seien hier der Bildungs- und Gesundheitssektor, das Versicherungswesen, Wasser- und Energieversorgung genannt. Diese Negativliste soll nach Vertragsabschluss regelmäßig überarbeitet¹⁶, sprich verkleinert werden.

2. Die sogenannte „Inländerbehandlung“ legt fest, dass extritoriale Dienstleistungsunternehmen die gleichen Rechte, Förderungen und Subventionen wie inländischen Unternehmen oder Institutionen eingeräumt werden müssen.¹⁷ Dies würde zum finanziellen Kollaps eines Staats führen und zwingt Regierungen im Umkehrschluss dazu, öffentliche Einrichtungen nicht mehr zu fördern. In der Folge käme es zur Privatisierung sämtlicher öffentlicher Einrichtungen.
3. Die „Ratchet-Klausel“ verhindert jegliche Rekommunalisierung von Dienstleistungen. Eine einmal privatisierte Dienstleistung darf somit nie wieder in die öffentliche Hand überführt werden.¹⁸ Des Weiteren wird festgeschrieben, dass alle Änderungen des legislativen Rahmens zu mehr Vertragskonformität führen müssen. Damit wird die Neugründung von öffentlichen Dienstleistungen unterbunden.¹⁹
4. Kommt ein Staat der geforderten Marktöffnung nach, verbietet TISA den Fortbestand öffentlicher Monopole bzw. die Monopolstellung bei Dienstleistungen.²⁰
5. Die „Stillhalte-Klausel“ sieht vor, dass bestehende Liberalisierungen beibehalten werden müssen und keine weiteren Regulierungen eingeführt werden dürfen.

¹⁵Vgl. <http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/poker-um-wasser-und-kontodaten-103902925.html> (04.02.2017)

¹⁶Vgl. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12/a0055.text> (04.02.2017)

¹⁷Vgl. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12/a0055.text> (04.02.2017)

¹⁸Vgl. <http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/poker-um-wasser-und-kontodaten-103902925.html> (04.02.2017)

¹⁹Vgl. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12/a0055.text> (04.02.2017)

²⁰Vgl. <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12/a0055.text> (04.02.2017)

- Soziale, gesundheitliche oder ökologische Standards werden somit eingefroren und dürfen nach dem Inkrafttreten von TISA nicht mehr verändert werden.²¹
6. Die Verhandlungen werden ohne eine ausgewogene Teilnahme von Interessensvertretungen geführt. Während Lobbyvertreter:innen der Privatwirtschaft ihre Forderungen in den Verhandlungen platzieren können,²² finden beispielsweise Arbeitnehmer:innenvertretungen oder Umweltschutzorganisationen kaum Gehör.²³
 7. Die Parlamente der Verhandlungsparteien haben kaum Zugriff auf die Verhandlungstexte²⁴ und sollen (teilweise) über das endgültige Abkommen keine Nachverhandlungen fordern dürfen.²⁵
 8. Als weiteren Effekt von TISA wird ein globales Leiharbeitswesen befürchtet. Dienstleistungsunternehmen dürfen Leiharbeiter:innen temporär in alle Unterzeichnerstaaten entsenden, ohne dass geklärt ist ob arbeitsrechtliche Standards der Einzelländer gewahrt bleiben müssen. Den Arbeitnehmer:innen ist es nicht gestattet einzuwandern, einen Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit im Arbeitsland zu erwerben.²⁶ Man muss damit rechnen, dass Arbeitnehmer:innenrechte und Arbeitnehmer:innenschutz auf diese Weise zerstört werden sollen.
 9. Mittlerweile ist außerdem bekannt, dass TISA einen globalen Datentransfer bzw. Datenexporte ohne jegliche Regulierung vorsieht.²⁷ Damit werden alle Datenschutzrichtlinien ausgehebelt und Unternehmen keinerlei Grenzen gesetzt, wie mit Daten von Verbraucher:innen umgegangen werden darf.

²¹Vgl. <http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/poker-um-wasser-und-kontodaten-103902925.html> (04.02.2017)

²²Vgl. https://lobbypedia.de/wiki/TISA_-_Trade_in_Services_Agreement (04.02.2017)

²³Vgl. https://mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/demokratisierung_handelsvertraege.pdf S. 2 (04.02.2017)

²⁴Vgl. <https://www.reimon.net/ttip-und-tisa-eine-schrecklich-nette-familie/> (04.02.2017)

²⁵Vgl. https://mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/demokratisierung_handelsvertraege.pdf S.3 (04.03.2017)

²⁶Vgl. http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/de_tisapaper_final_web.pdf S.17 (04.02.2017)

²⁷Vgl. <https://netzpolitik.org/2016/das-tisa-abkommen-datenschutz-und-netzneutralitaet-koennen-als-handelshemmnis-ausgehebelt-werden/> (04.02.2017)

10. Durch TISA ist es Unternehmen möglich die Netzneutralität anzugreifen.²⁸ In den veröffentlichten Papieren ist hier von „verhältnismäßigem Traffic-Management“²⁹ die Rede.

11. TISA wird außerhalb der WTO verhandelt, soll aber in den Aufgabenbereich der WTO integriert werden, sodass Mitgliedsstaaten, die nicht an den Verhandlungen teilgenommen haben, gezwungen werden TISA beizutreten.³⁰

Forderungen:

i) Die Verhandlungen über TISA müssen sofort ausgesetzt werden, bis das europäische sowie die nationalen Parlamente adäquaten Zugang zu den Verhandlungstexten erhalten.

ii) Es darf keinen Maulkorb für die Abgeordneten geben, damit diese ihrer repräsentativen Aufgabe nachkommen und die Bürger:innen über die Verhandlungen informieren können.

iii) Die Verhandlungstexte sowie die Identität der verhandelnden Personen müssen offengelegt werden, sodass alle Bürger:innen darauf Zugriff haben. Nur so kann es einen öffentlichen Diskurs über TISA geben.

Erst wenn diese Punkte erfüllt sind, kann beschlossen werden ob TISA weiterverhandelt werden soll.

iv) Die Jusos Bayern verpflichten sich mit geeigneten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien ein Bündnis einzugehen, das sich der Durchsetzung der oben genannten Forderungen widmet.

²⁸Vgl. <https://netzpolitik.org/2016/das-tisa-abkommen-datenschutz-und-netzneutralitaet-koennen-als-handelshemmnis-ausgehoben-werden/> (04.02.2017)

²⁹<http://derstandard.at/2000048203901/Tisa-Abkommen-bedroht-Netzneutralitaet-und-Datenschutz> (04.02.2017)

³⁰Vgl. https://lobbypedia.de/wiki/TISA_-_Trade_in_Services_Agreement (04.02.2017)

Die Deregulierung der Geheimdienste darf nicht toleriert werden!

Wie die illegalen Praktiken des BND legalisiert wurden

An: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Von: Bezirksvorstand

Mit Ende des Jahres 2016 trat die Reform des BND-Gesetzes in Kraft. Ziel der Reform war es klare Regeln zur Arbeit des BND zu verfassen und auf die Snowden-Enthüllungen zu reagieren. Aber anstatt dem BND Verhaltensmaßregeln aufzuerlegen, haben sich die Bundesregierung und Koalitionsparteien (CDU, CSU, SPD) darauf verständigt alle illegalen Aktivitäten des BND zu legalisieren und seine Befugnisse auszuweiten.

Grundsätzliches zur Fernmeldeüberwachung

Es existiert zum einen Fernmeldeüberwachung als gezielte behördliche Maßnahme, die nur mit einem richterlichen Beschluss erfolgen darf. Darunter fällt anbietergestützte und angriffbasierte Überwachung, sowie Überwachungsmaßnahmen im Inland, die nach G10-Anordnungen unter der Begründung „Cybergefahren“ erfolgen.

Auf der anderen Seite umfasst ungezielte strategische Überwachung das Abgreifen von Kommunikationsbeziehungen vom Inland ins Ausland (§5 G10-Gesetz, 2001), die VdS sowie ab dem 30.12.16 Auslands-Auslands-Kommunikation (Transitverkehr).

Seit den Snowdenenthüllungen 2013 ist es in Deutschland also zu einer systematischen Erweiterung der Befugnisse gekommen. Das „Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes (2015)“ wurde zwar ausschließlich als „NSU und V-Leute Gesetz“ diskutiert, enthält aber außerdem die Möglichkeit zur Überwachung im Inland (nach richterlichem Beschluss) in Bezug auf sog. Cybergefahren. 2015 wurde zudem das „Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer

Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ - auch bekannt als VdS 2.0 – verabschiedet. Zum 30.12.2016 trat das „Gesetz zur Auslands-Auslands-Fernmeldeaufklärung“ - in der Öffentlichkeit als BND-Gesetz besprochen - in Kraft. Mit diesem befasst sich der folgende Antrag.

Die Aufgaben des BND

Geheimdienste rechtfertigen ihre Überwachungsmaßnahmen mit Bedrohungen wie dem Globalen Terrorismus oder „cyber threads“, die aufgrund des „going dark“-Prinzips (die Geräte- und Dienstverschlüsselung hat sich seit Snowden von 15% auf 50% erhöht) schwer vorzusehen bzw. sich von der Polizei nicht beweissicher darstellen lassen. Deshalb – so die Argumentation – ist der BND auf systematische Verkehrsdatenerhebung angewiesen, um seinen Aufgaben nachkommen zu können. Diese Aufgaben sind „Abnehmer:innen zur richtigen Zeit bedarfsgerecht mit belastbaren Informationen umfassend zu versorgen“ und sie über wichtige politische, wirtschaftliche aber auch technische Entwicklungen, militärische Fragestellungen und abstrakte oder konkrete Bedrohungen für die Sicherheit der BRD und deren Bürger:innen zu informieren. Die thematischen Aufgabengebiete des BND umfassen Proliferation, internationalen Terrorismus, Staatszerfall und Auseinandersetzungen um Ressourcen in den ortsbezogenen Zielgebieten Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika, West- und Zentralasien. Wobei aus dem NSA-Untersuchungsausschuss bekannt ist, dass der BND auch gerne mit europabezogenen Selektoren³¹ arbeitet.

Neuerungen durch das Gesetz zu Auslands-Auslands-Fernmeldeaufklärung (BND-Gesetz):

1. Das bisher verbotene Abgreifen von Daten im Inland,³² das vom Bundesnachrichtendienst und dem Bundeskanzleramt bis dahin mit den Theorien vom „Freien

³¹Selektoren sind Suchbegriffe, die benutzt werden um die erhobenen Daten zu filtern.

³²Der Zugriff auf Daten erfolgt innerhalb der Staatsgrenzen der BRD.

Himmel“³³ und vom „Virtuellen Ausland“³⁴ gerechtfertigt wurde, ist seit dem 31.12.2016 legal. Der BND kann nun ganze Telekommunikationsnetze 1:1 im Inland kopieren. Bisher war im Inland nur das Anzapfen einzelner Leitungen erlaubt und auch nur mit einer Beschränkung von 20% der Leitungskapazität. Diese Beschränkung wurde aufgehoben. Das einzige, was eine hundertprozentige Datenerfassung verhindert, sind laut Gesetzestext die finanziellen Ressourcen des BND. Ein unreguliertes Abgreifen im Ausland war und ist dem BND vollumfänglich erlaubt.

2. Die – auch schon bisher praktizierte – Weitergabe an ausländische Geheimdienste wie die NSA ist ab sofort legal. Im NSA-Untersuchungsausschuss war von 1,3 Mrd. Metadaten pro Monat die Rede.
3. Die G10-Kommission als unabhängiges und parlamentarisch legitimes Kontrollorgan, das bisher über Anordnungen zur Ausleitung von Daten entschieden hat, wird umgangen und eine neue (nicht unabhängige) Kontrollinstanz geschaffen. Zudem greifen die im Artikel 10-Gesetz formulierten acht Abhörgründe nicht mehr. Stattdessen bilden Gummiformulierungen wie „Gefahren für die innere und äußere Sicherheit der BRD“ oder „sonstige Erkenntnisse von außen- oder sicherheitspolitischer Bedeutung“ die neue Grundlage zur Massenüberwachung.
4. Besonders kreativ ist die Unterteilung der Überwachungsziele in deutsche Staatsbürger:innen, EU-Bürger:innen und andere Ausländer:innen.
Alle, die in die dritte Kategorie fallen, sind für den BND vogelfrei und können ohne Einschränkungen abgehört werden. Alle in der zweiten Kategorie dürfen aufgrund der unter 3. angeführten Gründe flächendeckend abgehört werden.

³³Beschreibt das Verständnis des BND als Dienst grundsätzlich im Ausland tätig zu sein, da die Satelliten, durch die die Erfassung von Daten erfolgt, sich in der Umlaufbahn und nicht auf deutschem Territorium befinden. Die Auswertung und Speicherung findet zwar in Bad Aibling statt, hat aber – laut BND – nichts mit der eigentlichen Datenerhebung zu tun. Außerdem beansprucht der BND durch seine so definierte Tätigkeit im Ausland nicht dem Grundgesetz (Fernmeldegeheimnis) zu unterliegen.

³⁴Ein „internationaler Netzknoten mit Auslandsbezug“ auf deutschem Territorium ist sog. virtuelles Ausland und damit das Datensammeln erlaubt. In jeder Netzleitung sind immer Daten, die im Inland verbleiben, und solche, die ins Ausland übertragen werden, enthalten.

Metadaten dürfen von allen Personen erhoben werden, die nicht eindeutig als deutsche Staatsbürger:innen zu erkennen sind und bis zu 6 Monate³⁵ gespeichert werden. Für Inhaltsdaten von „Inländer:innen“ wird weiterhin ein richterlicher Beschluss benötigt.

5. Der eigentliche Umfang der Datenerhebungen im Inland unterliegt keiner Kontrolle mehr. Der einzige Grundrechtsschutz, der den Bürger_innen in Deutschland noch bleibt ist das sog. DAFIS(Daten Filter System), das auch nicht mehr von einem unabhängigen Gremium kontrolliert werden kann. Der BND kann nach eigenem Gutdünken Selektoren bestimmen. Zudem kann das Filtersystem bis zu 6 Monate abgeschaltet werden, um die Verkehre zur „Eignungsprüfung zu analysieren“. Der Entschluss zur Abschaltung unterliegt keiner externen Kontrolle. Es gibt lediglich die Einschränkung, dass in diesem Zeitraum analysierte Daten nicht verwendbar sind, es sei denn die so gewonnen Erkenntnisse entsprechen dem schwammig formulierten Auftragsprofil des Dienstes(vgl. oben).

Die Bewertung und Filterung erfolgt vollständig und ohne externe Kontrolle durch den Dienst. Aus dem NSA-Untersuchungsausschuss ist bekannt, dass DAFIS über 4 Filterstufen verfügt:

1. IP-Filter (Geolocation)
2. Typfilter (welche Arten von Dateien werden gesendet)
3. Metadatenfilter
4. Inhaltsfilter

Die Qualität der Filtergenauigkeit von DAFIS beläuft sich laut div. Gutachten auf 98,5% - 99%. Werden in den Filterstufen 3 und 4 noch Bürger:innen der BRD erfasst, liegt laut BGH-Urteil eine Grundrechtsverletzung mit Nostrifizierungspflicht vor.

Die Informierung ist aber aufgrund der hohen Anzahl kaum möglich.

³⁵Bei der VDS geht es um „nur“ 4 - 10 Wochen.

Beispiel: Verkehrsaufkommen DE-CIX

5,5 Tbps Peak 10,0 Mio Peak Flows/sec

3,4 Tbps Average 6,0 Mio Average Flows/sec

ca. 500 Mrd. Verbindungen/Tag

Filterqualität 99,9% Fehlerquote 0,5 Mrd Verb/Tag

Filterqualität 99,5% Fehlerquote 2,5 Mrd. Verb/Tag

Filterqualität 99,0% Fehlerquote 5,0 Mrd. Verb/Tag

Nimmt man nun an, dass der verwertbare Kommunikationsanteil im Datenvolumen 20% beträgt und der BND davon nur ca. 1% wirklich erfasst und filtert, so kommt man auf 1 Mio. falsch gefilterter Verbindungen am Tag alleine am DE-CIX. Das heißt 1.Mio Grundrechtsverstöße, über die die Betroffenen informiert werden müssten.

6. Im Gesetz ist die Informierung der Betroffenen zwar vorgesehen, aber kein Budget dafür veranschlagt. Um die Informationspflicht zu umgehen, kann der BND bei der bisher aus dem Verfahren ausgeschlossenen G10 Kommission eine Einzelfallprüfung zur Aussetzung beantragen. Diese Aussetzung muss alle 3 Monate neu überprüft werden. Der bürokratische Aufwand anhand der oben berechneten Fehlerquote wäre immens. Nach 5 Jahren gibt es die Möglichkeit zum engültigen Verzicht auf die Informierung der betroffenen Person. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen die fehlerhaft erhobenen Daten nicht gelöscht werden.

Ob die Bürger:innen nun auf den BND vertrauen können, dass dieser ihre Grundrechte respektiert und wahrt, bleibt zu bezweifeln. Hat doch die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff dem BND ein „fehlendes Verständnis für die Grundrechte und die Funktion eines Grundrechtsschutzes“ in der Abteilung Technische Aufklärung attestiert.

Die Regierungsfractionen im Bundestag haben die Gesetzesänderung im Oktober 2016

durchgewunken, obwohl die Vorlage vom wissenschaftlichen Dienst und allen Sachverständigen als überaus kritisch beurteilt wurde. Die Bundesregierung geht sogar so weit von einem sehr guten Gesetz mit „internationalem Beispielcharakter“ zu sprechen. Damit hat die Regierung deutlich gemacht, dass Daten- und Grundrechtsschutz nicht zu ihren Kerninteressen gehören oder um es mit Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche (Bundeskanzleramt) zu sagen: „Mit der Frage von Rechtssicherheit für die Angestellten des BND gegenüber der Rechstaatlichkeit für Bürger konfrontiert muss ich sagen, dass mich primär die Rechtssicherheit interessiert.“

Seit Inkrafttreten sind erste Klagen (z.B. von amnesty international) anhängig. Der Internetknoten DE-CIX hat eine Klage angekündigt. Ebenso prüft die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wie sie zusammen mit ihrer Partei gegen das Gesetz klagen kann.

Forderungen:

Die Jusos verpflichten sich in Zusammenarbeit mit Partner:innen an einer Klage gegen das Gesetz zur Auslands-Auslands-Überwachung zu beteiligen.

Die Jusos setzen sich fortan verstärkt mit dem Thema Datenschutz und Geheimdienstkontrolle auseinander, um in Zukunft innerparteilich Widerstand und Überzeugungsarbeit gegen derartige Gesetze leisten zu können.

Quellen:

<https://netzpolitik.org/2016/das-neue-bnd-gesetz-alles-was-der-bnd-macht-wird-einfach-legalisiert-und-sogar-noch-ausgeweitet/> (04.02.2017)

<https://netzpolitik.org/2016/fuenf-drastische-folgen-des-geplanten-bnd-gesetzes/> (04.02.2017)

https://www.gesetze-im-internet.de/g10_2001/_5.html (04.02.2017)

<https://netzpolitik.org/2016/warum-alle-gegen-das-bnd-gesetz-sind-ausser-der-bundesregierung/> (04.02.2017)

<https://netzpolitik.org/2017/irrefuehrende-beschwichtigung-zu-bnd-gesetz-an-unverhaeltnismaessigkeit-unabhaengig-von-der-nationalitaet/> (04.02.2017)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Selektor_\(Geheimdienstabfrage\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Selektor_(Geheimdienstabfrage)) (05.02.2017)

Vortrag von Klaus Langenfeld am 33C3 in Hamburg (2016)

Staatlich geförderten Personenkult um Franz Josef Strauß endlich beenden!

An: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Von: Bezirksvorstand

Die Forderung des bayerischen Finanz- und Heimatministers Markus Söder im Frühjahr des Jahres 2015, eine Büste des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zum Andenken an dessen Verdienste in der Walhalla zu platzieren, stellte einen neue traurigen Höhepunkt des irren Personenkults um den verstorbenen Politiker dar. Tatsächlich versucht die CSU seit Jahren, zum Teil mit Erfolg, ihrem verblichenen Idol auf Kosten der Bürger*innen durch die Benennung von Straßen, öffentlichen Gebäuden und nicht zuletzt des Münchner Flughafens einen Platz in der Erinnerungskultur des Freistaates zu sichern. Als Grund für diese Ehrungen wird von der regierenden Staatspartei und ihrer Funktionär*innenriege stets auf die angeblichen Beiträge von Strauß zum wirtschaftlichen Aufschwung Bayerns und der Entwicklung vom Agrar- zum modernen Industriestaat verwiesen. Selbst wenn man die vermeintlichen Verdienste Strauß um die heutige Prosperität des Bundeslandes, zu der vermutlich Marshallplan und Wirtschaftswunder auch das ihrige beigetragen haben, kritiklos schluckt, bleiben noch genügend Gründe das zweifelhafte Bild, das von Franz Josef Strauß durch die CSU propagiert wird, zu kritisieren. Um diesen kritischen Standpunkt gegenüber Franz Josef Strauß zu begründen, muss man den Ministerpräsidenten a. D. und CSU-Übervater postum nur einmal zu Wort kommen lassen: „Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“ - so umriss der „Vater des modernen Bayerns“ 1970 in der CSU-Parteizentrale sein politisches Grundverständnis. Getreu dieser politischen Selbstzuschreibung agierte er in der BRD auch als aktiver Politiker. Er bekämpfte und sabotierte alle Bemühungen der sozial-liberalen Koalition ein fortschrittliches Deutschland zu verwirklichen, sei es durch die vehemente Ablehnung der Ostpolitik Willy Brandts oder durch seine Feindschaft gegenüber der in den 1970er-Jahren angestrebten

Demokratisierung von Betrieben und Universitäten. In letzterer sah er den „Beginn der Anarchie“ und den Weg in einen „kommunistischen Zwangsstaat“. Auch außenpolitisch müssen Strauß Verdienste in Zweifel gezogen werden. Er war ein großer Freund des rassistischen Apartheid-Regime in Südafrika, in Bezugnahme auf die dort herrschenden Rassentrennung, bezeichnete er die Abschaffung der selbigen als „unverantwortlich“. Zum Militärputsch gegen die frei gewählte sozialistische Regierung Chiles, dessen Folgen eine jahrelange Diktatur und tausende von Morden und Folterungen waren, meinte Strauß, nun würde das „Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang“ erhalten. Neben diesen fragwürdigen Äußerungen ist noch eine schier endlose Zahl von teils bestätigten teils vermuteten Vorwürfen der Korruption und des Amtsmissbrauch erwähnenswert. Hier seien mit der Fibag-Affäre, der Starfighter-Affäre und der Spiegel-Affäre nur drei der populärsten Exempel genannt. Zusammenfassend kann man Franz Josef Strauß als reaktionären, machthungrigen Wüstling bezeichnen, der heutzutage vermutlich selbst von Björn Höcke als Rechtsabweichler aus der AfD geworfen werden würde. Aus dieser Beurteilung der Person Franz Josef Strauß ergeben sich für die Jusos folgende Forderungen:

1. Umbenennung sämtlicher nach Strauß benannten öffentlichen Straßen, Plätze, Brücken und Kasernen, insbesondere auch des Münchner Flughafens und der Passauer Franz-Josef-Strauß-Brücke.
2. Aberkennung der an Strauß verliehenen Ehrenbürgerwürden in München, Regensburg und Rott am Inn.
3. Neubenennung der umbenannten Objekte nach Menschen, die sich durch ihr Wirken für Frieden und Demokratie tatsächlich um den Freistaat Bayern verdient gemacht haben.

Als symbolischen Anfang schlagen wir vor, die Passauer Franz-Josef-Strauß-Brücke in Wilhelm-Hoegner-Brücke umzubenennen, da Hoegner als Vater der bayerischen Verfassung für ein demokratisches und zukunftsgerichtetes Bayern steht und nicht, wie Strauß für eine verkommene, reaktionäre Tradition.

#OhneBremsen Richtung #Gerechtigkeit

An: SPD Bezirksparteitag

Von: Jusos Straubing

Dieses Jahr ist es wieder so weit: Die Bundestagswahl. Dieses Jahr aber geht es nicht nur um eine bloße Wahl, dieses Jahr geht es um eine besonders große Richtungsentscheidung, die wir alle – besonders alle jungen Menschen – mitgestalten müssen. Die Gefahr, dass eine rechtsextreme Partei, die sich selbst als „Alternative für Deutschland“ bezeichnet, in den Bundestag kommt, ist nicht gerade gering. Das ist brandgefährlich für uns und unsere Demokratie. Das dürfen wir nicht zulassen!

Viele Menschen in Deutschland fühlen sich von den demokratischen Parteien nicht mehr wahr- und ernstgenommen. Es geht für ganz viele in diesem Land kaum mehr was voran, die Armut nimmt trotz höchster Beschäftigungsquote seit der Einheit Deutschlands immer weiter zu und die Menschen sind mit dieser Situation unzufrieden und frustriert. Eine Partei, die gegen sogenannte etablierte, alte Strukturen wettort, Neiddebatten provoziert und gegen hilflose geflüchtete Menschen hetzt, scheint dabei für viele eine Möglichkeit geworden zu sein, der Politik „da oben“ die eigene Meinung zu sagen und zu protestieren. Die vergangenen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin haben genau das wahr werden lassen: Stimmenanteile der rechtsextremen AfD von bis zu 24,3 % (Sachsen-Anhalt).

Dabei ist eines klar festzustellen: Die Große Koalition unter der Führung der Union hat nicht gerade wenig Schuld an den derzeitigen sozialen Verhältnissen. Diese scheinen, immer prekärer zu werden: Hart arbeitende Menschen müssen am Ende eines Monats aufstocken, damit sie um die Runden kommen können. Alleinerziehende Eltern können oft nicht arbeiten gehen und rutschen dadurch in die Armut ab, weil keine KiTa-Plätze zur Verfügung stehen. Menschen, die 45 Jahre ihres Lebens hart

gearbeitet haben, müssen Flaschen sammeln, weil die eigene Rente nicht mehr zum Leben reicht. Viele Familien müssen aus ihren Wohnungen in der Innenstadt ziehen, weil sie sich schlicht und einfach die horrenden Mietpreise nicht mehr leisten können. Dies sind nur einige wenige Beispiele, die die gegenwärtige Situation vieler Menschen widerspiegeln. Es ist endlich Zeit für mehr Gerechtigkeit!

„Zeit für Gerechtigkeit! Zeit für Martin!“ – So lautet das überall wahrnehmbare Wahlkampf motto unseres SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Er ist nicht nur der Inbegriff eines Neuanfangs, er ist Hoffnungsträger. Nicht nur für die SPD, auch für viele Menschen in diesem Land, die sich mit ihm eine gerechtere Zukunft vorstellen. Der Einsatz für Gerechtigkeit ist gerade in der jetzigen Zeit so wichtig, wie kaum zuvor und deshalb müssen wir alle gemeinsam nun dafür kämpfen, dass unsere SPD wieder stärkste Kraft in diesem Land wird. Und genauso müssen wir dafür kämpfen, dass den Demagog*innen von Rechts der Wind aus den Segeln genommen wird. Und das geht nur mit einem entschiedenen Kampf dagegen. Und dazu gehört unmittelbar: Mehr Gerechtigkeit schaffen!

1. Umverteilung – Jetzt!

Die ökonomischen Ungleichheiten haben in Deutschland signifikant zugenommen: Am oberen Rand ist eine starke Konzentration von Vermögen und Spitzeneinkommen festzustellen – begünstigt durch eine entsprechende Steuerpolitik – und am unteren Rand verfestigt sich die Armut auf dramatischste Weise. Laut verschiedensten Analysen auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), entfallen vom gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte rund zwei Drittel auf die reichsten zehn Prozent. Auch der Gini-Koeffizient, der die Ungleichverteilung von Vermögen darstellt (0 = Vermögen ist auf alle gleich aufgeteilt; 1 = gesamtes Vermögen im Besitz eines/einer Einzelnen), zeigt, dass Deutschland derzeit bei einer Vermögensungleichverteilung von 0,78 liegt – Tendenz steigend. Laut einer OECD-Studie hemmt eine solche Ungleichheit letztlich auch das Wirtschaftswachstum. Aber nicht nur das: Sie bringt ebenfalls eine

ungleiche Verteilung von Teilhabechancen mit sich, untergräbt Freiheiten und politische Einflusschancen aller Bürger*innen.

Vor dem Hintergrund dieser Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist es deswegen Zeit, dass wir uns alle besonders auch im Hinblick auf die Bundestagswahl wieder mit höheren „Reichensteuern“ beschäftigen, durch die eine wirklich gerechte Umverteilung von Vermögen stattfinden kann. Im Zuge einer sozialdemokratischen Steuerreform erwarten wir, dass die SPD neben der gesamten Überprüfung geltender Steuersätze (insbesondere mit Entlastungsmöglichkeiten für Familien und kleinere Einkommen) wieder höhere Spitzensteuersätze für große Einkommen einführt. Der Spitzensteuersatz ist in den letzten Jahren - auch unter Führung der SPD - immer weiter gesenkt worden und liegt aktuell bei 42% für Einkommen über 53.000 EUR. Ab rund 250.000 EUR Jahreseinkommen werden darüber hinausgehende Einkommensteile mit 45% besteuert (sog. „Reichensteuer“). Wir fordern, dass schrittweise der Steuersatz bei Einkommen über 53.000 EUR auf 53% angehoben wird. Die sogenannte „Reichensteuer“ wollen wir beibehalten und ab 150.000 EUR Jahreseinkommen erheben. Wir sagen: Es ist Zeit für Umverteilung!

2. Investitionen in die Zukunft!

Die Heizungen sind kaputt, der Putz bröckelt von den Wänden, im Chemiesaal schimmelt es und die Turnhalle ist im Winter bei viel Schnee einsturzgefährdet: So in etwa sieht es in vielen Schulen und Bildungseinrichtungen in Deutschland aus. Gerade Schulen sind Institutionen, die für Kinder und Jugendliche eine wichtige Heimstätte darstellen. Hier wird gelernt, hier werden mit Freund*innen Treffen am Nachmittag vereinbart, hier wird gegessen, hier wird die Persönlichkeit eines Menschen wesentlich beeinflusst. Und gerade hier fehlt das Geld an allen Ecken und Enden: Bei der Modernisierung und Instandsetzung von Schulgebäuden hinken Kommunen mit rund 34 Milliarden Euro hinterher. Wenn nicht in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen investiert wird, wird dies auch weitreichende Folgen für die Qualität der Bildung und somit auch für das zukünftige Leben der Schüler*innen haben.

Auch die auseinandergehende Schere im gesamten Gesundheitssystem kann fatale Folgen haben: Der demographische Wandel, die Zunahme von älteren, multimorbiden Menschen und die damit verbundenen immer höheren Anforderungen der Patient*innen hat zur Folge, dass es gerade mehr Pflegepersonal benötigt, um einerseits eine vernünftige und menschenwürdige Pflege gewährleisten zu können und andererseits noch größere zukünftige Probleme aufzuhalten. Schon heute ist eine Pflegekraft in deutschen Krankenhäusern für durchschnittlich 10,3 Patient*innen zuständig. Damit ist Deutschland das europäische Schlusslicht. Nach Hochrechnungen verschiedener Verbände fehlen allein in den Krankenhäusern 70.000 Pflegekräfte. Gerade um dem demographischen Wandel besonders in der Pflege zu begegnen, fordern wir, dass die Politik die Pflege attraktiver gestaltet und eine gesetzliche Personalbemessung festschreibt! Zudem sehen wir es als dringlich, dass besonders die Kommunen im Bereich der Gesundheitsversorgung entlastet werden sollten.

Neben den Schulen und den Pflegeeinrichtungen bedarf es außerdem einer besonders großen Subventionsoffensive des Bundes: Besonders in den großen Ballungsgebieten fehlt gerade für viele Menschen ein bezahlbarer Wohnraum: Sei es für Studierende, für Azubis, für Geringverdiener*innen und/oder auch Familien. Derzeit hat nur jeder fünfte finanzschwache Haushalt überhaupt die Chance, eine Sozialmietwohnung zu bekommen. Berechnungen zufolge bedarf es bundesweit rund 5,6 Millionen Sozialwohnungen. Derzeit befinden sich aber nur 1,6 Millionen auf dem Wohnungsmarkt. Verantwortlich für diese Situation ist einerseits, dass immer mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen und andererseits nur noch rund 10.000 neu gebaute Sozialmietwohnungen in den Markt gebracht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 2016 einen Haushaltsüberschuss von gesamt 18,5 Milliarden Euro erzielt. Diese Überschüsse aber werden auf Drängen der Union mit aller Kraft gespart. Gerade aber im Wohnungsbau und dem Arbeitsmarkt

wird dieses Geld dringend benötigt! Um dem wachsenden Bedarf an Sozialwohnungen gerecht zu werden, müssten jährlich rund 80.000 Sozialwohnungen zusätzlich gebaut werden, was einem Kostenvolumen von etwa 6 Milliarden Euro entsprechen würde. Auch für die eine Million Langzeitarbeitslose braucht es öffentlich geförderte Beschäftigung, Unterstützungs- und Fortbildungsmöglichkeiten. Zusätzlich sollen die Überschüsse endlich für die Anhebung der Hartz IV- und Grundsicherungs-Regelsätze verwendet werden, um ein Niveau zu erreichen, welches echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und vor Armut schützt.

Wir fordern deshalb, dass sich die SPD vom schwarzen Nuller-Sparkurs verabschiedet und endlich in unseren sozialen Zusammenhalt investiert.

Um diesen ganzen, vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, braucht es endlich handlungsfähigere Kommunen. Denn die sind es, die die Probleme vor Ort haben und lösen müssen. Sei es die Finanzierung eines Freibades oder einen besseren Ausbau des ÖPNV, der für viele junge Menschen – gerade in unserem ländlichen Bereich - dringend notwendig wäre, aber für viele Kommunen einfach viel zu hohe Kosten verursacht. Daher fordern wir, dass Kommunen nicht nur mehr Entscheidungskompetenzen bekommen, sondern auch eine ausreichende, finanzielle Ausstattung. Das ist zukunftsorientiert und dringend notwendig!

3. Zukunft Jugend!

Dass die Jugend Wahlen entscheiden könnte, hat der Brexit wie auch die Wahl Trumps gezeigt: Sehr viele junge Brit*innen haben gegen einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union gestimmt. Die Mehrheit der jungen Amerikaner*innen hat auch bei der Präsidentschaftswahl in den USA für Hillary Clinton und gegen Trump gestimmt.

Leider konnte sich die Jugend aber – wie mensch folgerichtig feststellen kann – aufgrund des Mehrheitswahlrechts und der geringen Wahlbeteiligung junger Wähler*innen

nicht durchsetzen. Und hierbei liegt das Problem: Junge Leute scheinen sich in großen Teilen nicht für Wahlen zu interessieren. Um dies zu ändern, muss die SPD zur kommenden Bundestagswahl einen Wahlkampf für junge Leute machen! Denn nur so kann die Jugend mobilisiert und in die Demokratie mit einbezogen werden! Trends zeigen, dass sich zwar immer mehr junge Menschen für die Politik interessieren, aber wir sind der Meinung: Da geht noch mehr! Und da geht mehr, wenn eine Partei die Sorgen und Probleme junger Menschen aufgreift und versucht deren Leben besser und ein Stück weit einfacher zu machen!

Wir finden, dass für die Jugend endlich mehr Politik gemacht werden muss, um die Zukunft unseres Landes zu stärken. Wer sich um die Jugend kümmert, denkt an die Zukunft. Deshalb sind wir der Ansicht, dass die SPD einen Wahlkampf machen muss, der auch Generationengerechtigkeit schaffen muss! Soziale Gerechtigkeit bedeutet, sozialen Frieden zu schaffen, die stärkeren Schultern mehr zur Kasse zu bitten, um die schwachen Schultern zu stärken. Die Grenzen verlaufen hierbei nicht zwischen Jung und Alt, sie verlaufen zwischen Arm und Reich! Deshalb muss und kann die SPD dafür sorgen, dass wir als Jugend mehr Mitbestimmung, mehr Teilhabechancen haben und ein freies, selbstbestimmtes Leben führen können:

- Eine sichere Perspektive ist gerade für junge Menschen sowohl beim Übergang von Schule in Ausbildung als auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben wichtig. Wir fordern daher eine unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildenden. Nicht nur für die Unternehmensbindung, sondern insbesondere auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies entscheidend!
- Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) schreibt eine angemessene Vergütung für die Ausbildung vor. Nach der Rechtsprechung darf die Ausbildungsvergütung nicht niedriger als 80% der üblichen tariflichen Ausbildungsvergütung sein. In vielen Ausbildungsbetrieben sind hier sehr wohl Abweichungen zulässig, was schwer-

wiegende Folgen hat: 27% der Auszubildenden müssen sich neben der Ausbildung noch einen anderen Job nehmen, um ihre Ausbildung finanzieren zu können. Es ist traurig, dass Auszubildende, die Vollzeit arbeiten und somit auch zum Betriebserfolg beitragen, so wenig Gehalt bzw. Lohn bekommen, dass sie ihr Leben nicht alleine finanzieren können. Wir sind der Ansicht, dass die Ausbildungsvergütung für Auszubildende ein eigenständiges Leben ermöglichen sollte. Darum fordern wir, dass eine gesetzliche, flächendeckende Mindestausbildungsvergütung auf dem Niveau des vollen, aktuellen BAföG-Satzes. Außerdem muss für Auszubildende eine Kosten- und Lehrmittelfreiheit garantiert werden!

- Sportverein, Blaskapelle, Ehrenamtliche Arbeit in einer Hilfsorganisation, Engagement bei NGOs und politischen Organisationen: Das sind Dinge, die viele junge Leute heutzutage machen oder auch machen wollen. Neben Schule, Ausbildung, Beruf und/oder Studium aber sind die zeitlichen Ressourcen für viele junge Menschen sehr begrenzt. Unsere Gesellschaft lebt nicht nur von der Wirtschaftskraft der Industrie, unsere Gesellschaft lebt auch von Menschen, die sich ehrenamtlich in den Vereinen vor Ort einbringen und dort was bewegen. Und genau das muss gefördert werden! Und genau das muss auch die SPD tun!

Zusammenfassend fordern wir:

1. Umverteilung der Güter durch entsprechende Reichensteuern! Die Schere zwischen Arm und Reich muss wieder zusammengehen, um den sozialen Frieden in unserem Land nicht weiter zu gefährden!
2. Mehr Investitionen in Bildung, in Gesundheit, in den Arbeitsmarkt, in den sozialen Wohnungsbau und generell in die Kommunen! Denn genau hier wird das Geld gebraucht und kommt bei den Menschen an! Schwarze Nullen sind out!
3. Die Jugend in den Fokus der Parteipolitik nehmen! Wir fordern für Auszubildende eine Mindestausbildungsvergütung auf Niveau des vollen BAföG-Satzes! Junge Menschen sollen ihre Zukunft selbst planen dürfen, deshalb wollen wir,

dass eine Übernahmegarantie für alle Absolvierenden einer Berufsausbildung gesetzlich verankert wird. Außerdem soll für Azubis Kosten- und Lehrmittelfreiheit garantiert werden.

4. Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, Verbänden, Hilfsorganisationen vor Ort. Denn diese sind wichtige Pfeiler für das gesellschaftliche Zusammenleben vor Ort und besonders auf dem Land!

Diese SPD kann mit Martin Schulz wieder den Anspruch stellen, Regierungspartei zu werden! Unsere Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit kommen aber nicht von ungefähr: Die letzten Legislaturperioden haben gezeigt, dass mit der Union keine soziale Politik gemacht werden kann. Die derzeitigen sozialen Verwerfungen konnten mit einer Angela Merkel als Bundeskanzlerin nicht bekämpft werden. Wir fordern deshalb, dass diese SPD endlich wieder getreu dem Motto „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ handelt. Und das geht nur mit einer Koalition aus SPD, Grünen und Linken. #R2G JETZT!

Aktionsplan für Vielfalt und gegen Rassismus!

An: Juso-Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Von: Jusos Straubing

Bereits in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ist die Anzahl fremdenfeindlicher Straftaten gegen Geflüchtete, auf bestehende oder geplante Unterkünfte sowie auf Hilfsorganisationen im Vergleich zum Jahr 2015 deutlich gestiegen.³⁶ Um die rechte Gewalt gegen Geflüchtete zu stoppen und der gestiegenen Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken, muss ein „Aktionsplan gegen Rassismus“ erarbeitet und beschlossen werden.

Seit Jahren ist zu beobachten wie die Zahl der Straftaten und Angriffe gegen Geflüchtete und auf deren Unterkünfte dramatisch ansteigt. Ereigneten sich 2014 22 fremdenfeindliche Übergriffe auf Asylbewerber*innenunterkünfte, stieg diese Zahl 2015 auf 66 und 2016 für die ersten drei Quartale auf 75.³⁷ Dass auch die Zahl der Übergriffe gegen Geflüchtete jährlich in gleichem Maße ansteigen, ist nicht weiter verwunderlich. Bis Ende September gab es 2016 bereits 340 Straftaten. Auch Hilfsorganisationen sehen sich vermehrt Übergriffen ausgesetzt (bis 30.09.2016: 14). Es ist davon auszugehen, dass die endgültige Anzahl sowie die Dunkelziffer für das gesamte Jahr 2016 noch weitaus höher liegen sollten. Zählt man dazu noch weitere politisch motivierte Straftaten wie Volksverhetzung dazu, stellt man schnell fest: Rechtsextremismus und Rassismus wächst weiter und muss gestoppt werden! Gleichzeitig sind auch in der Mitte der Gesellschaft ablehnende Einstellungen und Ressentiments gegenüber Geflüchtete auf dem Vormarsch. Wir Jusos kämpfen weiterhin entschieden gegen Rassismus jeglicher Art und sehen antifaschistische Arbeit – besonders jetzt – als eine wichtige Aufgabe. Ein „Aktionsplan gegen Rassismus“ soll Menschen für den alltäglichen und auch den weniger alltäglichen Rassismus sensibilisieren. Da gerade die allgemeine Öffentlichkeit aber auch

³⁶Vgl. <https://www.endstation-rechts-bayern.de/2017/01/verschwiegene-straftaten-gegen-fluechtlinge-im-freistaat/>

³⁷Vgl. http://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb_2015_druckfassung.pdf. S.90-94.

viele langjährige Genoss*innen in der Partei meist nur ein unscharfes Wissen über die bestehenden Probleme verfügen, sollte unser Engagement gezielt darauf ausgerichtet sein auch eine positive Alternative zu formulieren. Der Einsatz für etwas Gutes kann weitaus stärker mobilisieren als eine ausschließliche Protest und „Dagegen-Haltung“. Daher sollten wir bei jeglichen Aktionen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus klar unsere Ideale und Ziele verbreiten. Konkret bedeutet das:

- Intensivere Aufklärung über rechte Ideologie und deren Strukturen (auch innerparteilich)
- Vermehrte positive Formulierung unserer Ideale und Ziele

Um eine dauerhafte und nachhaltige Unterstützung der zahlreichen Initiativen, Vereine und Einzelpersonen, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen, zu sichern, soll der Aktionsplan sich auch für mehr finanzielle Ressourcen zur Abwehr von Rechtsradikalismus, Rassismus und Diskriminierung starkmachen. Dazu gehört auch, dass immer aktuelle und informative Materialien zur Verfügung stehen, um die Arbeit vor Ort zu unterstützen. Infobroschüren, Flyer, Aufkleber, Ausstattung für Demos sollten immer parat sein.

Im Kampf gegen Rassismus ist auch die Bündnisarbeit mit anderen Organisationen und Parteien, die sich an unsere Seite stellen, wichtig. Durch Kooperation mit vielen verschiedenen Partner*innen kann dem Rassismus und Rechtsradikalismus eine breitere Front entgegentreten und die Schlagkraft im Kampf gegen Rechts wird merklich erhöht und durch eine breitere gesellschaftliche getragene Bewegung wird der öffentliche Diskurs verankert. Um unsere Demokratie nicht weiter zu schwächen und zu gefährden, muss an dieser Stelle mehr getan und gehandelt werden!

Gewalt im häuslichen Umfeld ist keine Privatsache!

Mehr Schutz und Hilfe für alle Betroffenen

An: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Von: Jusos Kelheim

Dieser Antrag bezieht sich auf die Beschlusslage der Jusos Bayern vom 25./26.4.2015 Antrag S1 („Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen“)

Häusliche Gewalt ist ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Dies belegen auch neue Studien des BKA und Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Erstmals werden in diesen Studien auch die Geschlechter der betroffenen und der übergriffigen Personen aufgeschlüsselt. In allen dokumentierten Fällen von vollendeten und versuchten Taten sind 18,8% der Opfer männlich (81,8% weiblich) und in der Umkehrung 80,4% der Tatverdächtigen männlich (19,4% weiblich). Häusliche Gewalt ist immer noch ein blinder Fleck im Rechtsbewusstsein unserer Gesellschaft. Die Betroffenen werden ignoriert, marginalisiert und stigmatisiert. Der Schritt in die Öffentlichkeit ist für viele eine Hürde, die sie nicht bewältigen können.

Die Studien machen eines deutlich: Niemand ist in Deutschland davor sicher, von häuslicher Gewalt oder Gewalt in der Partnerschaft betroffen zu sein. Mord und Totschlag, Körperverletzung, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Bedrohung und Stalking in und nach Partnerschaften kann uns allen unabhängig von Herkunft, sozialem Stand, gesellschaftlichen Status, Alter, Bildung, Geschlecht oder sexueller Orientierung passieren. Niemand darf auf der Suche nach Schutz und Hilfe allein gelassen werden!

Aus diesem Grund bemüht sich dieser Antrag, die bestehende Beschlusslage, den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen.

Forderungen:

1. Die Schutz- und Beratungsstellen für Betroffene von häuslicher Gewalt müssen endlich ausfinanziert und ausgebaut werden. Des Weiteren müssen Schutzhäuser derart gestaltet sein, dass kein Mensch auf der Suche nach Schutz und Hilfe im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt abgewiesen wird.
2. Menschen, die aufgrund ihres Berufs mittelbar und unmittelbar mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind, müssen in Aus- und Weiterbildung für das Thema sensibilisiert und im Umgang mit betroffenen und mit übergriffigen Personen geschult werden. Dies gilt besonders für medizinisches, pädagogisches und sozialpädagogisches Fachpersonal aus den Bereichen der medizinischen Versorgung, der Rechtspflege, der öffentlichen Verwaltung und des Schulwesens.
3. Unsere Gesellschaft muss weiterhin über häusliche Gewalt und die Folgen informiert werden. Im 21. Jahrhundert darf Gewalt in Partnerschaft und Familie nicht toleriert werden. Es muss Betroffenen von häuslicher Gewalt möglich sein auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen ohne von Außenstehenden in irgendeiner Form abschätzig bewertet zu werden.
4. Vor allem Exekutivbeamt:innen müssen zusätzlich geschult werden. Die Praxis „Wer schlägt, der geht!“ muss im Rahmen der derzeit bestehenden Rechtslage konsequent angewendet werden. Die Polizeigesetze aller Länder müssen – wo dies noch nicht erfolgt ist - im Sinne des Gewaltschutzgesetzes dahingehend erweitert werden, als dass Wegweisungen von übergriffigen Personen effektiv durch die Polizei erfolgen können.
5. Kooperations- und Interventionsprojekte müssen flächendeckend initiiert werden.
6. Männerberatungsstellen müssen zu Beratungsstellen für gewalttätige und übergriffige Personen umfunktioniert werden.
7. Die Öffentlichkeit muss besser über den Straftatbestand der Nachstellung (Stalking) informiert werden. Denn die psychosozialen Folgen fortgesetzten Stalkings

können für die Betroffenen ebenso gravierend sein, wie die unmittelbarer physischer Gewalt.

Quellen:

Beschlusslage Jusos Bayern vom April 2015

<https://www.bmfsfj.de/blob/jump/84664/maennerstudie-kurzfassung-gewalt-data.pdf>

<https://www.bmfsfj.de/blob/jump/84590/studie-gewalt-maenner-langfassung-data.pdf>

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/80642>

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/Partnerschaftsgewalt/partnerschaftsgewalt_node.html

Depressive Störungen endlich wirksam bekämpfen!

An: Juso-Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD-Bezirkskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

Von: Jusos Passau

Fast jeder dritte Mensch leidet im Laufe seines Lebens an einer Behandlungsbedürftigen psychischen Krankheit, dazu gehören unter anderem Depressionen, Alkoholerkrankungen und bipolare Störungen. Durch die Tabuisierung, die wir immer noch in unserer Gesellschaft erleben, ist die Hemmschwelle sehr hoch, sich präventiv bereits in Behandlung zu geben – es wird abgewartet, bis das „normale Leben“ nicht mehr möglich ist. Das Bundesministerium für Gesundheit fördert Aufklärungskampagnen und –vereine, hat allerdings keine eigene Kampagne.³⁸ In Europa sind 50.000.000 Bürger:innen von Depressionen und Suchterkrankungen betroffen.³⁹

Um Psychotherapeut:in zu werden, bedarf es eines Bachelor- und Masterstudiums der Psychologie mit Schwerpunkt klinischer Psychologie oder aber eines Medizinstudiums mit anschließender Fachärzt:innenausbildung. An das Masterstudium der Psychologie schließt sich eine Psychotherapeut:innenausbildung an, die sich über einen Zeitraum von 3-5 Jahren erstreckt und im Durchschnitt 20.000 EUR kostet.⁴⁰ Mit abgeschlossener Ausbildung erfolgt die Approbation, die zu einer Kassenzulassung führen kann und somit zur selbstständigen Arbeit.

Die Verhältniszahlen, die zur Ermittlung des Bedarfes an Psychotherapeut:innen genutzt werden, stammen noch aus dem Jahr 1999. Während die Verhältniszahlen fast flächendeckend eine Überversorgung vermitteln, leiden tatsächlich 5.000.000 Menschen

³⁸<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/s/seelische-gesundheit.html>

³⁹<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheits-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz.html>

⁴⁰<http://www.psychologie-studieren.de/ausbildung-zum-psychologischen-psychotherapeuten/>;
<http://www.kbap.de/ausbildung/psychotherapieausbildung/psych-psychotherapeutin-ap/kosten/>

in Deutschland an einer psychischen Krankheit, während es allerdings nur 1.500.000 Behandlungsplätze zur Verfügung stehen.⁴¹ Dies führt zu einer durchschnittlichen Wartezeit von 3 Monaten bis zum ersten Beratungstermin. Durch das Versorgungsstrukturgesetz 2012 wurden, dank der alten Verhältniszahlen, Praxen geschlossen und stillgelegt, statt die Versorgung weiter auszubauen.⁴² Vor allem jetzt, da viele Geflüchtete mit Traumata zu uns kommen, stehen die Verhältniszahlen von 1999 in keinerlei Relation zum eigentlichen Bedarf.

Während der Ausbildung zum:zur Psychotherapeut:in müssen die Auszubildenden 1.200 Praxisstunden an einer psychiatrischen klinischen Einrichtung und 600 Stunden bei der psychotherapeutischen oder psychosomatischen Versorgung in einer Praxis ableisten.⁴³ Hierzu gibt es noch keine gesetzliche Regelung über die Vergütung und das genaue Vertragsverhältnis der Auszubildenden. Es ist also Sache des:der Arbeitgeber:in, ob die Auszubildenden in ihrer Praxiszeit als Praktikant:innen oder anders vergütet werden.

Psychische Krankheiten sind die Ursache von 10% aller Fehltage und häufig Grund für einen frühzeitigen Eintritt in die Rente.⁴⁴ Durch häufig einseitige psychische Belastung und körperliche Unterforderung am Arbeitsplatz entstehen häufig körperliche Beschwerden, die zu Ausfällen führen können. Diese führen wiederum zu erhöhtem Zeitdruck und damit einhergehende Überforderung. Neben dem Schaden, den der:die Arbeitnehmer:in erleidet, ist auch der betriebswirtschaftliche Schaden immens und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht unerheblich betroffen.⁴⁵

Auch an Hochschulen ist die psychische Versorgung der Studierenden stark standort-

⁴¹<http://www.zeit.de/2011/47/C-Psychotherapeuten/komplettansicht>

⁴²<http://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/psychotherapie101.html>

⁴³PiA – Handlungshilfe für betriebliche Interessenvertretungen, ver.di, S, 13.

⁴⁴<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheit-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz.html>

⁴⁵<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/immer-laengere-fehlzeiten-im-beruf-depression-wird-zur-volkskrankheit/11295338.html>

abhängig. So wartet man beispielsweise an der Universität Passau mitunter länger als einen Monat, bis überhaupt eine Reaktion des:der Seelsorger:in erfolgt. Diese besteht in manchen Fällen aus dem schlichten Hinweis, sich anderweitig Hilfe zu suchen. Das psychologische Beratungsangebot wird dem augenscheinlich großen Bedarf an psychischer Unterstützung im Studium daher nicht gerecht. Kommerzielle juristische Repetitorien bieten deshalb in ihrem Programm zusätzlich kostenpflichtige psychologische Unterstützung an.⁴⁶ Jurastudent:innen mit geringerem Einkommen ist diese Hilfe selbst im privaten Repetitorium dadurch verwehrt.

Deswegen fordern wir:

- Es muss eine breit ausgebaute Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Gesundheit geben. Depressive Störungen müssen endlich in ihrer Schwere auch öffentlich als Krankheit wahrgenommen werden!
- Um die Menge an Patient:innen wirksam und zeitnah behandeln zu können, brauchen wir genug Psychotherapeut:innen im Land. Hierfür muss eine Art Bildungskredit, ähnlich dem BAföG, angeboten werden, damit angehende Psychotherapeut:innen nicht durch den hohen Kostenaufwand abgeschreckt werden.
- Psychotherapeut:innen in Ausbildung müssen fair entlohnt werden. Es muss klare Regelungen für das Anstellungsverhältnis getroffen werden, an deren Erarbeitung die Gewerkschaften beteiligt werden müssen.
- Die Verhältniszahlen für den Bedarf an Psychotherapeut:innen müssen endlich an die Realität angepasst und regelmäßig aktualisiert werden! Neben dem Ausbau müssen aber auch in der Ausbildung der Psychotherapeut:innen Traumata durch Kriege und Folter verstärkt behandelt werden, um allen Menschen effektiv helfen zu können.
- Durch einen generellen Ausbau der Psychotherapeut:innenstellen muss auch

⁴⁶<https://www.hemmer-win.de/>

gewährleistet werden, dass Mitarbeiter:innen in Firmen die Möglichkeit bekommen, anonym und für sie kostenlos die Hilfe von Psychotherapeut:innen in Beratungsstellen zu bekommen. Diese sollten sich mit den Strukturen im Unternehmen auskennen und strukturelle Probleme mit der Unternehmensleitung kommunizieren. Auch ein Bewegungsprogramm als Teil der betrieblichen Gesundheitsförderung muss Pflicht werden! Erwiesenermaßen trägt körperliche Betätigung zur psychophysischen Regulation bei. Auch das Gemeinschaftsgefühl und die gegenseitige Unterstützung der Mitarbeiter:innen kann hiervon nur profitieren.

- Auch an Hochschulen muss die Versorgung mit Psychotherapeut:innen verbessert werden. Hier gilt es genug Kräfte anzustellen, dass Studierenden über kurzfristige Tiefs hinweggeholfen werden kann und diese – sollten die Probleme grundlegender und schwerwiegender sein – zeitnah an eine:n geeignete:n Psychotherapeut:in überwiesen werden. Es kann nicht sein, dass Studierende mitunter vier Wochen auf eine Absage per Mail warten müssen.

Umbenennung des Flughafens „Franz Josef Strauß“

An: Juso Landeskonferenz

Von: Jusos Passau

Der Transrapid, die Maut für Ausländer, das Betreuungsgeld: viele Gesetzesinitiativen und Pläne der CSU sind grandios gescheitert. Gerade deswegen scheinen die Forderungen immer wirrer zu werden. Eine von vornherein klar als grundgesetzwidrig erkennbare Forderung nach einer Obergrenze für Geflüchtete setzt dem Ganzen nur die Krone auf.

Damit die CSU nicht weiter unsinnige Sachen fordern muss, möchten wir ihr die Genugtuung geben, dass ein Wunschtraum in Erfüllung geht. Der Flughafen in München soll so sein, wie „Heathrow in London oder sonst wo, meine sehr ... äh, Charles de Gaulle in Frankreich oder in... in... in Rom.“ Da sich die Entfernung zwischen Hauptbahnhof und Flughafen nicht so einfach reduzieren lässt und die Installation eines Transrapids jeglichen Kostenrahmen sprengen würde, schlagen wir Jusos eine kostengünstige Alternative vor.

Wir fordern die Umbenennung des Flughafens „Franz Josef Strauß“ in „München Hauptbahnhof“. Dadurch kann man seine Reise praktisch am Hauptbahnhof in München starten. Der Hauptbahnhof wächst näher an Bayern und an die bayrischen Städte heran, die CSU sieht eines ihrer Prestigeprojekte in Erfüllung gehen und muss nicht mehr unsinnige Forderungen stellen, um die Wähler:innen bei der Stange zu halten. Durch einen einfachen und günstigen Schritt ließe sich ganz Bayern ein bisschen besser machen. Zunächst fordern wir die Verwirklichung eines weiteren Projekt der Landesregierung, der dritten Startbahn. Zur kostengünstigen Durchführung fordern wir also die Umbenennung der real existierenden zweiten Startbahn in „dritte Start- bzw. Landebahn“.

Abschaffung der 1- und 2-Cent-Münzen

An: Juso-Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundestagsfraktion

Von: Johannes Zwack, UB Kelheim

Fast jeder Betrag bei Waren im alltäglichen Umlauf endet auf 99 oder 98 Cent. Zahlen wir Bar, bleiben uns in unserem Geldbeutel lauter Münzen, die wir nicht brauchen können und die schlichtweg unseren Geldbeutel unnötig füllen. Der Grund, warum die Produkte nicht gleich auf den Euro genau angegeben werden, liegt ja bekanntlich darin, dass dem*der Verbraucher*in ein niedrigerer Preis vorgemacht werden soll.

Unser Vorschlag ist: Wir schaffen die 1- und 2-Cent-Münzen ab, und sind dann gezwungen, beim Zahlen an der Kasse, sofern Bar gezahlt wird, aufzurunden. Weil ihnen der psychologische Effekt zu wichtig ist, werden die Unternehmen den Preis der Waren weiterhin bei 99 bzw. 98 Cent belassen. So werden bei fast jedem Einkauf ein oder zwei kleine Cents überbleiben.

Diese Idee ist ja an sich nicht neu, gibt es ja mittlerweile einige Initiativen die sich dafür einsetzen. In einigen Länder, wie zum Beispiel Finnland, Irland und den Niederlanden wurden sie auch schon ganz abgeschafft. Unser Vorschlag unterscheidet sich darin, dass das Geschäft diese Cents, die durch das Aufrunden entstehen, nicht behalten darf, sondern sie an den Staat übergeben muss, der dann gesetzlich dazu gezwungen wird, ihn gezielt an Menschen in den Teilen der Welt zu übermitteln, die gerade in Not leben. Daran haben dann alle einen Vorteil: Wir verlieren die unnötigen kleinen Münzen in unserem Geldbeutel, die sowieso niemand braucht und gleichzeitig können wir auch noch unser Gewissen beruhigen, eine kleine gute Tat vollbracht zu haben. Uns ist ein Cent ziemlich egal, er bringt uns ja nicht gerade den großen Reichtum, summiert man aber die Millionen von Cents die auf diese Weise jeden Tag zusammenkommen würden, dann können wir damit in anderen Teilen der Welt das Leben von vielen Menschen verbessern.

Gemeinsam mehr Wahrheit wagen!

Von: Marvin Kliem, UB Straubing

Es mag nicht nur für uns Genoss*innen diffus klingen: Florian Pronold gab am 02.03.2017 seine Ankündigung nicht mehr als Landesvorsitzender anzutreten, bekannt. Dabei schrieb er an alle Genoss*innen. „Die Spitze der BayernSPD muss sich neu aufstellen: Für den Landesparteitag im Mai schlage ich Natascha Kohnen als neue SPD-Landesvorsitzende vor. Meine Überzeugung ist seit Langem, dass Natascha Kohnen eine hervorragende Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen 2018 ist. Sie verkörpert Menschlichkeit und Geradlinigkeit. Natascha Kohnen ist eine große Sympathieträgerin, die viele Menschen in Bayern für die SPD begeistern kann und begeistern wird. Eine Spitzenkandidatur kann sie aber nicht aus dem Amt der Generalsekretärin heraus anstreben, sondern nur als Vorsitzende.

Deshalb habe ich schon vor zwei Jahren den inneren Entschluss gefasst, ihr den Vorsitz der BayernSPD anzutragen und das mit ihr gemeinsam vereinbart.“

Unser Landesvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Bau und Reaktorsicherheit machte deutlich, den Entschluss den Landesvorsitz abzugeben bereits vor zwei Jahren gefasst zu haben, lässt sich aber dennoch bei der Aufstellung der Bundestagsliste der BayernSPD Ende Dezember noch mit dem Argument, er sei schließlich Landesvorsitzender, auf dem Spitzenkandidat*innenplatz absichern.

Unser Landesvorsitzender spricht hierbei mit einer gespaltenen Zunge: Er kritisiert in seiner Verlautbarung an alle Genoss*innen, dass die Anzahl der innerparteilichen Gegner zugenommen habe, „ob berechtigt oder unberechtigt, spielt keine Rolle. Wir dürfen aber nicht der einzige Landesverband sein, der mit Selbstzerfleischung und Heckenschützentum auf unseren Aufwärtstrend reagiert. Begeistern können und müssen wir mit unseren Ideen und Konzepten, begeistern müssen wir mit der Kraft der

Solidarität.“ Auf der anderen Seite aber sichert er sich noch den äußerst aussichtsreichen Listenplatz 1 von der Landesvertreter*innenversammlung ab. Das „Begeistern mit Ideen und Konzepten“ mag für so manche Menschen – auch außerparteilich - dann schon arg wie Veräppelung klingen.

Dieses Verhalten ist für uns nicht länger tragbar und hinnehmbar. Dieses schnelle Absichern der eigenen Pfründe mit dem bereits seit zwei Jahren existierenden Hintergedanken nicht mehr für den Landesvorsitz zu kandidieren, aber genau eben dieses Amt als Vorwand zur Absicherung auf dem Listenplatz 1 zur Bundestagswahl anzubringen zeigt das vorsätzliche Verhalten Pronolds.

Wir fordern deshalb den Landesvorsitzenden Florian Pronold dazu auf, Konsequenzen aus diesem Verhalten zu ziehen und seinen Listenplatz 1 zur Bundestagswahl zur Verfügung zu stellen! Gerade im derzeitigen Erneuerungsprozess der BayernSPD wäre es an der Zeit auch hier Taten folgen zu lassen und zukunftsorientiert zu handeln!